

2 Gesellschaft, Hegemonie, Kontingenz

2.1 *There is no such thing as society?* – Hegemonietheorie und die Un_Bestimmtheit des Sozialen

»*There is no such thing as society.*« Hinter diesem Zitat Margaret Thatchers, der ehemaligen Premierministerin des Vereinigten Königreichs, verbirgt sich eine radikale sozialpolitische Geschichte. Immerhin steht der Ausspruch sinnbildlich für eine ganze »Epoche neoliberaler Deregulierung – samt katastrophischer Folgen, die inzwischen zu besichtigen sind« (Marchart, 2013, S. 7; siehe auch Butterwegge et al., 2017). In dem an und für sich harmlos wirkenden Satz verdichtet sich eine Ideologie, die von dem Bestreben angeleitet wird, die gesellschaftlichen Verhältnisse vollständig den Gesetzen des Markts zu unterwerfen. »Wenn Thatcher nämlich bestreitet, dass so etwas wie Gesellschaft existiert, dann soll dies umgekehrt bedeuten, dass sich die soziale Welt ausschließlich aus Individuen (und bürgerlichen Familien) zusammensetzt, die sich am Markt zu bewähren haben« (Marchart, 2013, S. 7). Wettbewerb und ein betriebswirtschaftliches Nutzenkalkül leiten dann die Gestaltung der sozialen Verhältnisse an. Scheitern wird als individuelles Versagen externalisiert, wodurch auch sozialpolitische Sicherungssysteme die Unterordnung unter die Prinzipien des freien Markts nur verhindern. Letztlich verbirgt sich hinter dem Ausspruch ein raffinierter ideologischer Trick, der »Gesellschaft« nur scheinbar aus der neoliberalen Sozial- und Wirtschaftspolitik tilgt, um diese von den »Fesseln« des Sozialstaates zu befreien und dem eisernen Gesetz des Markts als letzten und einzigen Entscheidungs- und Legitimierungsgrund zu unterwerfen (Butterwegge, 2017).

Vor diesem Hintergrund muss sich der Behauptung, die Gesellschaft gäbe es nicht, sicherlich mit einem guten Maß an Vorsicht angenähert werden. Und doch wäre ein vorschnelles Darüber-Hinweggehen nicht minder riskant. Denn die Behauptung einer wesenhaften Gesellschaft steht, zumeist gleichgesetzt mit einem Volk oder einer Nation, nicht in einer weniger gewaltvollen Tradition. Zudem wird ein Großteil der vorherrschenden sozialtheoretischen Gesellschaftsbegriffe und -theorien von einem »methodologischen Nationalismus« (Wimmer & Glick Schiller, 2003) getragen (vgl. auch Amelina et al., 2012; Glick Schiller, 2010), der den Nationalstaat subtil und großteils implizit als natürliches Fundament von Gesellschaft setzt (Wimmer & Glick

Schiller, 2003, S. 576). Wimmer und Glick Schiller (ebd., S. 577f.) heben mit Bezug auf den vorherrschenden methodologischen Nationalismus drei Varianten der Einsetzung des Nationalstaates als natürliche Grundlage von Gesellschaft hervor: (1) das systematische Ausblenden der Ideologie des Nationalismus als Fundament für moderne Vergesellschaftung, (2) die Essenzialisierung von Gesellschaft mittels der Setzung des Nationalstaates als fraglose Einheit der Gesellschaftsanalyse sowie (3) die territoriale Eingrenzung der Analyse sozialer Phänomene auf die politischen und geografischen Grenzen eines Nationalstaates. Gesellschaft wird schlussendlich als Containermodell begriffen, das eine relativ einheitliche Kultur, Politik, Wirtschaft und soziale Gruppe umfasst (ebd., S. 579). Gesellschaft zeichnet sich dabei letztlich als ethnische Gruppe aus, die durch eine gemeinsame Kultur und ein gemeinsames Schicksal vereint ist (ebd., S. 582). Insbesondere im Rahmen der Beschäftigung mit migrationsgesellschaftlichen Phänomenen wird dieses Fundament der vorherrschenden Gesellschaftsanalyse jedoch mehr als fraglich, erscheinen Migrant*innen darin doch als Bedrohung für die vermeintlich natürliche gesellschaftliche Einheit, ihre Solidaritätsbeziehungen und eine als wesenhaft gedachte nationalstaatliche Ordnung, während globale und transnationale Verwobenheiten und Phänomene tendenziell ausgeblendet werden (von der von Rassekonstruktionen vermittelten Vorstellung der nationalstaatlichen Einheit eines Volkes ganz zu schweigen; siehe Kap. 3).

Eine vorschnelle Zurückweisung Thatchers Behauptung scheint also nicht minder riskant. Sie ginge mindestens mit der Gefahr einher, vorherrschende methodologische Nationalismen zu affirmieren. Für eine postfundamentalistische Betrachtung sind daher beide Optionen ausgeschlossen: So wenig es einen wesenhaften Grund für die Fundierung des Sozialen in den Gesetzen des Markts geben kann, so sehr kann auch der Nationalstaat *nicht* als wesenhaftes Fundament von Gesellschaft gelten. Beide Richtungen entsprechen letztendlich einem Fundamentalismus, der einen letzten wesenhaften Grund in die Sozial- und Gesellschaftstheorie einschreibt. Ziel des vorliegenden Kapitels 2 ist es deshalb, einen kontingenztheoretisch angemessenen Begriff von Gesellschaft zu konzipieren, der Gesellschaft weder auf einem wesenhaften Fundament gründet noch in antifundamentalistischer Manier jede Art von Fundamenten aus der Sozialtheorie entfernt (zu Fundamentalismus und Antifundamentalismus siehe Kap. 1.2).

Die Hegemonietheorie in der Tradition von Antonio Gramsci stellt für diese postfundamentalistische Untersuchung von Gesellschaft unter Bedingungen radikaler Kontingenz einen vielversprechenden theoretischen Rahmen dar. Immerhin setzen Gramscis Überlegungen insbesondere an der kritischen Beschäftigung mit den ökonomiedeterministischen Fundierungen der marxistischen Gesellschaftstheorie und -analyse an. Der »historische Ökonomismus« (Gramsci, 2012, S. 501), wie Gramsci diese Theorie-richtung des Marxismus bezeichnet, zeichnet sich für ihn durch eine doppelte Reduktion aus: Zum einen wird die historische und gesellschaftliche Entwicklung als durch die Entwicklung der Ökonomie determiniert gedacht. Zum anderen wird die Entwicklung der Ökonomie wiederum als durch den Wandel ihrer »technischen Werkzeuge« (ebd.) oder »irgendeines wichtigen Produktionsfaktors« (ebd.), wie etwa »der Einführung eines neuen Brennstoffs« (ebd.), zwangsläufig bedingt beschrieben. Ökonomismus meint deshalb, so Stuart Hall (2012b, S. 63f.), »einen bestimmten theoretischen Ansatz, der dazu neigt, in den ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft den *einzigsten* determinierenden

Faktor zu sehen.« Er stellt einen Reduktionismus dar, da »[a]lle anderen Dimensionen der Gesellschaftsformation [...] als reine Spiegelbilder des ›Ökonomischen‹ auf einer anderen Artikulationsebene gesehen [werden], die selbst keine strukturierende Kraft hat« (ebd.). Die Hegemonietheorie versucht indessen soziale Verhältnisse als nicht-notwendige Herrschaftsverhältnisse zu analysieren, zu begreifen und zu theoretisieren. Dies schließt die Privilegierung einer Ebene des Sozialen gegenüber anderen aus.

Mit der Bezeichnung »Horizont der Hegemonietheorie« wird nun allerdings ein vielfältiges und nicht klar abgrenzbares Feld aufgerufen (Comtesse et al., 2019b; Marchart, 2010; Opratko, 2018). Aus forschungspragmatischen Gründen ist deshalb eine »Zähmung« dieses unübersichtlichen und komplexen Horizonts notwendig, um die Untersuchung handhabbar zu machen. Aus noch auszuführenden Gründen (siehe Kap. 2.2) habe ich mich dabei für eine Fokussierung auf die Arbeiten von Antonio Gramsci, Louis Althusser sowie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entschieden. Diese repräsentieren allgemeine gesellschaftstheoretische Anhaltspunkte für die vorliegende Untersuchung, von denen aus weitere, dem hegemonietheoretischen Horizont zuzurechnende und verwandte Ansätze (etwa von Judith Butler, Stuart Hall oder auch von Gayatri Chakravorty Spivak) herangezogen werden.

Im vorliegenden Kapitel 2 untersuche ich diesen – von mir konstruierten und zugeschnittenen – Horizont der Hegemonietheorie im Hinblick auf einen postfundamentalistischen bzw. kontingenztheoretischen Gesellschaftsbegriff, der mir anschließend beim weiteren Nachdenken über Bildung in der Migrationsgesellschaft als zentrale Grundlage zur Verfügung steht. Wenn ich von Gesellschaftstheorie spreche, beschäftige ich mich jedoch nicht mit einer spezifischen Theorie einer kontingenten Gesellschaftsformation (etwa im Sinne einer Diagnose wie die der modernen Gesellschaft als funktional differenzierte Gesellschaft), sondern – man könnte dieses Vorgehen sozialontologisch nennen (siehe hierzu Kap. 2.4) – mit den grundlegenden Möglichkeitsbedingungen von Gesellschaft im Allgemeinen. Dafür konstruiere ich in einem ersten Schritt (Kap. 2.2) anhand eines konzeptgeschichtlichen und gesellschaftstheoretisch-modellierten Überblicks den – der vorliegenden Untersuchung zugrunde liegenden – hegemonietheoretischen Horizont. Darauf aufbauend diskutiere ich in Kapitel 2.3 ausgewählte Elemente der drei von mir ausgewählten theoretischen Spektren¹ in ihrer Verbindung zueinander. Schlussendlich führe ich in Kapitel 2.4 diesen Diskurs in einer allgemeinen Diskussion des gesellschaftstheoretischen Gehalts der Hegemonietheorie zusammen.

Das Kapitel fokussiert hierbei auf ein kontingenztheoretisches Denken von Gesellschaft, das im darauffolgenden Kapitel 3 anhand der Fokussierung auf »Migration« noch weiter präzisiert wird. Deshalb stelle ich die systematische Explikation der bei diesem Vorgehen gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich eines unbestimmtheitstheoretisch gedachten Kontingenzbegriffs vorerst noch hinten an und nehme diese explizierende

1 Zur Kennzeichnung unterschiedlicher theoretischer Perspektiven im Horizont der Hegemonietheorie nutze ich in der vorliegenden Arbeit (vorwiegend) den Ausdruck theoretische Spektren, weil der Begriff im Sinne der unterschiedlichen Farben eines Regenbogens die vielfältigen Facetten der jeweiligen Perspektiven am Horizont der Hegemonietheorie angemessener versinnbildlicht als die Rede von theoretischen Perspektiven, Positionen etc.

Schlussfolgerung erst in Verbindung mit den gesellschaftstheoretischen Konsequenzen der Beschäftigung mit den Fragen um Migration und soziale Wirklichkeit in Kapitel 3.4.3 vor.

2.2 Hegemonie – ein konzeptgeschichtlich und gesellschaftstheoretisch modellierter Überblick

In den folgenden Unterkapiteln verfolge ich das Ziel, den Horizont der Hegemonietheorie in dem von mir vorgenommenen Zuschnitt anhand einer konzeptgeschichtlichen und gesellschaftstheoretischen Modellierung zu (re-)konstruieren. Die Kennzeichnung der vorgenommenen Modellierung als konzeptgeschichtlich meint hierbei einen kontextualisierenden Nachvollzug der jeweiligen Wandlungen des Konzepts der Hegemonie in den von mir herangezogenen Spektren. Gesellschaftstheoretisch sind die Modellierungen der jeweiligen Spektren, da diese mit dem primären Fokus auf ihre Implikationen bezüglich des Verständnisses von Gesellschaft in den Blick genommen und dargestellt werden.

Wie bereits erwähnt, habe ich mich im Zuge der Konstruktion des zu untersuchenden Horizonts für die theoretischen Spektren von Antonio Gramsci (Kap. 2.2.1), Louis Althusser (Kap. 2.2.2) sowie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Kap. 2.2.3) entschieden. Die drei Spektren habe ich ausgewählt, da sich in ihrer konzeptgeschichtlichen Entwicklung² das Erkenntnisinteresse der Suche nach einem angemessenen Denken der Un_Bestimmtheit von Gesellschaft wiederfindet. Zudem stellen alle drei Spektren zentrale grundlagentheoretische Referenzpunkte der hegemonietheoretischen Erkenntnisproduktion dar. Alle drei können in unterschiedlicher Ausprägung als (spät- oder post-)marxistisch bezeichnet werden. Trotzdem beschäftige ich mich im Folgenden nicht mit Marx' Grundlegungen oder den jeweils relevanten marxistischen Debatten selbst, sondern, wenn notwendig, nur mit den Modellierungen Marx' Arbeiten oder des relevanten marxistischen Bezugsrahmens durch die betreffenden Autor*innen selbst. Denn für das vorliegende Erkenntnisinteresse ist der Nachvollzug deren Interpretationen von Marx bedeutsamer als meine eigene Beschäftigung mit Fragen der angemessenen Auslegung Marx' theoretischer Perspektiven oder des Marxismus. Darüber hinaus erheben die Auseinandersetzungen mit Gramsci, Althusser, Laclau und Mouffe keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Immerhin handelt es sich um Modellierungen, und deren Angemessenheit lässt sich nur mit Bezug auf das Interesse und den allgemeinen Kontext der hier vorliegenden Untersuchung ausweisen (siehe hierzu auch Kap. 1.5).

2 Diese ist nicht im Sinne einer evolutionären Linearität zu denken. Es liegt ihr aber zumindest eine aufeinander aufbauende Bezugnahme und Übersetzung zugrunde, welche die drei Spektren in einen Zusammenhang einer gemeinsamen konzeptgeschichtlichen Entwicklung stellen lässt, nicht linear und ohne Brüche, aber doch mit Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten.

2.2.1 Antonio Gramsci: Hegemonie als bürgerliches Herrschaftsverhältnis

Ist in der Sozial- und Gesellschaftstheorie von Hegemonie die Rede, dann ist der Name Antonio Gramsci unausweichlich. Die Arbeiten Gramscis (1881–1937) markieren einen fundamentalen Wandel der aktuelleren marxistischen und postmarxistischen Gesellschafts- und Kulturtheorie (Althusser, 2017; Hall, 2012b; Laclau & Mouffe, 2012). Dabei stellt das Anliegen, sich mit dem theoretischen Werk Antonio Gramscis zu beschäftigen, keine einfache Herausforderung sowie in Anbetracht seiner Biografie sicherlich auch eine gewisse Anmaßung dar. Denn Gramsci »passt nicht ins Schema eines traditionellen akademischen Intellektuellen« (Langemeyer, 2009, S. 72). Im Jahr 1881 in Sardinien geboren, avancierte er in der zweiten Hälfte der 1910er-Jahre zu einer der außergewöhnlichsten politischen Persönlichkeiten Italiens (Candeias, 2007, S. 15). Als »Publizist in den unterschiedlichsten Organen der aufstrebenden Arbeiterbewegung [...], außerdem Mitbegründer und [...] Vorsitzender der Kommunistischen Partei Italiens« (ebd.), wurde Gramsci dem faschistischen Regime Mussolinis bald zu gefährlich. Um zu verhindern, so die Begründung des anklagenden Staatsanwalts, dass Gramscis »Gehirn« für die bevorstehenden 20 Jahre weiter funktioniere (vgl. Fiori, 1979, S. 212; zit. n. Candeias, 2007, S. 15), wurde er im Jahr 1926 verhaftet. 1934 wurde er aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands wieder entlassen und verstarb nur wenige Jahre später (ebd.). In der Zeit der faschistischen Kerkerhaft entstand trotz schwerer Krankheiten sein Hauptwerk, die *Gefängnishefte* (Gramsci, 2012), eine umfassende Sammlung theoretisch-politischer Notizen, die – aufgrund der widrigen Bedingungen – nur fragmentarisch und vor der Gefängniszensur »getarnt« zusammengetragen werden konnten (Bieling, 2015; Candeias, 2007; Demirović, 2007). Diese Notizen liegen, um den schwer überschaubaren Umfang zu verdeutlichen, im Deutschen in Form von neun Bänden mit insgesamt 29 *Gefängnisheften* vor (Gramsci, 2012). Erschwerend kommt hinzu, dass es Gramsci beim Nachdenken über die soziale Wirklichkeit seiner Zeit weniger darum ging, umfangreiche theoretische Konzepte zu entwickeln, als vielmehr darum, die bereits vorliegenden Konzepte politisch für konkrete historische Situationen nutzbar zu machen. Sein Werk erscheint infolgedessen »manchmal zu konkret, zu historisch-spezifisch, zu ›beschreibend‹ analytisch, zu zeit- und kontextgebunden, sein Bezugsrahmen zu eng begrenzt« (Hall, 2012b, S. 58; Herv. i. Orig.), um es für eine allgemeine (gesellschafts-)theoretische Betrachtung heranzuziehen.

Angeleitet werden seine auf die spezifische Situation Italiens des 20. Jahrhunderts bezogenen Analysen sowie Weiterentwicklungen und Revisionen des marxistischen Theoriegebäudes von der zentralen Frage, »warum es nach der Oktoberrevolution 1917 [im zaristischen Russland] nicht auch in anderen Teilen Europas zur revolutionären Übernahme der Macht gekommen war« (Candeias, 2007, S. 18). Den fundamentalen Grund macht Gramsci in der unterschiedlichen Verfasstheit der jeweiligen Gesellschaftsformationen aus und bringt diese Differenz mit dem Ausdruck Hegemonie auf den Begriff. Seine diesbezügliche These lautet, dass im Gegensatz zum damaligen zaristischen und eher landwirtschaftlich geprägten Russland, in dem Gramsci zufolge der Staat alles war, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in ›westlichen‹ Gesellschaften

wesentlich stärker auf einer Einheit zwischen Staat und Zivilgesellschaft³ fußten, welche die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft einer bestimmten Klasse absicherte (Gramsci, 2012, S. 873f.): »Der Staat war [im ›Westen‹] nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von [zivilgesellschaftlichen] Festungen und Kasematten befand« (ebd., S. 874). Und genau darin sieht Gramsci, »zumindest was die fortgeschrittensten Staaten angeht« (ebd., S. 589), die Notwendigkeit einer Verschiebung politischer Strategien vom Bewegungskrieg zum Stellungskrieg. Während es beim Bewegungskrieg möglich ist, mit einem einzigen strategischen Durchbruch die Gegner*innen zu verdrängen und das Zentrum der Macht einzunehmen, ist der Stellungskrieg »ein langwieriger Krieg, der entlang vieler verschiedener und sich verändernder Kampffronten geführt werden muss; bei dem es selten einen einzelnen Durchbruch gibt, durch den der Krieg ein für allemal – blitzartig, wie Gramsci sagt – gewonnen werden kann« (Hall, 2012b, S. 75).

Dieses kriegsmetaphorische Denken ist in Gramscis Arbeiten von hoher Bedeutung, denn es verweist auf sein politisches Verständnis des Sozialen: Gesellschaft(-lichkeit) konstituiert sich ihm zufolge nicht über Zwangsläufigkeit, sondern im Kampf um die vorherrschende soziale Ordnung – einem Kampf, der je nach Verfasstheit einer Gesellschaftsformation, je nach Vorherrschen eines bestimmten Herrschaftsverhältnisses, unterschiedlich geführt werden muss. Diesbezüglich betont Gramsci jedoch eindringlich seine demilitarisierte Verwendungsweise des kriegsmetaphorischen Denkens. So sind für ihn Vergleiche »zwischen militärischer Kunst und der Politik [...] nur als Denkanstöße und ad absurdum vereinfachende Begriffe« (Gramsci, 2012, S. 176) zu verstehen. »[D]enn im politischen Kampf fehlt die unerbittliche Sanktion durch Strafen für jene, die Fehler begehen oder nicht exakt gehorchen, es fehlt das Kriegsgericht, abgesehen davon, daß die politische Schlachtordnung nicht einmal entfernt mit der militärischen Schlachtordnung vergleichbar ist« (ebd., S. 176f.). »Bewegungskrieg« und »Stellungskrieg« stehen also lediglich metaphorisch für zwei unterschiedliche Arten von Herrschaftsverhältnissen, die für Gramsci auf einem differenten gesellschaftlichen »Entwicklungsstand« beruhen. Konzentriert sich in dem einen Zustand die Macht im Staat und wird Herrschaft von eben diesem Zentrum her ausgeübt, so findet sich in dem anderen eine wesentlich stärker ausgeprägte Verwobenheit zwischen Staat und Zivilgesellschaft, die Gramsci (ebd., S. 1502) mit dem Konzept des »integralen Staates« fasst. Dieses Konzept reserviert er in seinen Analysen für bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsformationen. Ihm zufolge sind im integralen Staat die zivilgesellschaftlichen Institutionen und Verhältnisse dermaßen ausgebildet und ausgeprägt, dass Herrschaft nicht allein auf der Verfügung über

3 Der Begriff der Zivilgesellschaft bezieht sich bei Gramsci insbesondere auf den Ort der gesellschaftlichen Konsensproduktion. Für ihn umfasst dies beispielsweise die Presse sowie »die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs unterschiedlicher Art, bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und zu den Namen derselben« (Gramsci, 2012, S. 374). Der Staat steht demgegenüber für einen Zwangsapparat, der mit den politischen Parteien, dem Parlament, den Gerichten etc. einhergeht (Opratto, 2018, S. 42f.). Die Unterscheidung von Zivilgesellschaft und Staat (auch: politische Gesellschaft) bezeichnet nach Benjamin Opratto allerdings lediglich eine analytische (oder vielleicht zutreffender: eine idealtypische) Differenz, »die notwendigerweise mit den Mitteln der Abstraktion arbeite[t], um die Momente einer Dynamik erfassen zu können, die selbst immer ein komplex strukturiertes – in Gramscis Worten ein ›dialektisches‹ – Werden ist« (ebd., S. 43).

den Staatsapparat, sondern maßgeblich auch auf der Notwendigkeit basiert, die Zivilgesellschaft, ihre Akteur*innen und Institutionen zu überzeugen (ebd.). Diese ausgeprägte Verwobenheit von Staat und Zivilgesellschaft schreibt er feudalen Gesellschaftsordnungen nicht zu.

Hegemonie versteht Gramsci in der Folge auch als eine spezifische Herrschaftsform bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, die aufgrund der hohen Relevanz zivilgesellschaftlicher Institutionen weniger über Zwang und Unterdrückung denn durch Überzeugung und Selbstunterwerfung wirksam werden muss. Hegemonie ist laut dieser Analysen letztlich ein historisch- und kontextspezifisches Kräfteverhältnis der Klassenherrschaft bzw. der »Suprematie einer gesellschaftlichen Gruppe« (ebd., S. 1947). Und dieses Kräfteverhältnis konstituiert sich über Allianzen (ein Klassenbündnis, siehe hierzu auch Kap. 2.3.3) und die Produktion von (aktivem wie passivem) Konsens durch Einsicht und Überzeugung von der vermeintlichen »Alternativlosigkeit« respektive »Höherwertigkeit« einer kontingenten Ordnung (Gramsci, 2012, S. 1947 & 101–113). Eine Klasse herrscht für Gramsci deshalb immer »auf zweierlei Weise« (ebd., S. 1947): »Sie ist führend gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen« (ebd.). Herrschaft als Führung verbündeter Klassen und Herrschaft gegenüber den konkurrierenden, gegnerischen Klassen sind für das Verhältnis der Hegemonie grundlegend. Das Herrschaftsverhältnis der Hegemonie beruht also auf einem ausgewogenen Verhältnis von Zwang und Konsens, »ohne daß der Zwang den Konsens zu sehr überwiegt, sondern im Gegenteil vom Konsens der Mehrheit [...] getragen wird« (ebd., S. 120).

Hegemonie stellt in dieser Perspektive kein monolithisches Herrschaftsverhältnis dar. Es wird vielmehr von einem asymmetrischen Konsens bzw. der Überzeugung einer Mehrheit getragen, die mit dem Effekt der Selbstunterwerfung unter die Herrschaft einhergeht. Um diesen Konsens herzustellen benötigt es nicht nur politisch-ethische und ökonomische Zugeständnisse (ebd., S. 1567), sondern insbesondere die intellektuelle, ideologische Führung und Überzeugung der Mehrheit der Menschen (ebd., S. 1947). Hegemonie ist in dieser Perspektive, so Hall (2008d, S. 121),

»ein Zustand ›völliger sozialer Autorität‹, die ein bestimmtes Klassenbündnis in einer bestimmten Konstellation durch eine Verbindung von ›Zwang‹ und ›Zustimmung‹ über die gesamte Gesellschaftsformation und die beherrschten Klassen erringt: nicht nur durch ökonomische, sondern auch politische und ideologische Führung, nicht nur im materiellen, sondern auch im zivilen, geistigen und moralischen Leben; nicht nur in und durch die verdichteten Verhältnisse des Staates, sondern auch auf dem Terrain der Zivilgesellschaft.«

Dieses Verhältnis der Führung und Herrschaft »ist für Gramsci«, so Hall (ebd.) weiter, »nicht *a priori* gegeben, sondern ein spezifischer historischer ›Moment‹ außergewöhnlicher sozialer Autorität.«

Um dieses außergewöhnliche Autoritätsverhältnis herzustellen, kommt dem Ideologischen bei Gramsci eine besondere Rolle zu. Dabei grenzt er sein Ideologieverständnis idealtypisch von zwei einflussreichen marxistischen Ideologieverständnissen seiner Zeit ab: zum einen Ideologie als eine Art Verblendung, also ein falsches Bewusstsein, dem

ein richtiges Bewusstsein gegenübergestellt wird; zum anderen Ideologie als eine klassendeterminierte Weltauffassung, also ein Bewusstsein, das notwendigerweise mit der jeweiligen Klassenposition verknüpft ist. Im Gegensatz dazu versteht Gramsci das Ideologische als eine grundlegende Dimension sozialer Wirklichkeit unter anderen (Becker et al., 2013, S. 110). Mit Bezug auf Marx und Engels betont er in seinen Gefängnisnotizen mehrfach, dass »die Menschen sich der Konflikte, die in der ökonomischen Welt auftreten, auf dem Terrain der Ideologien bewußt werden« (Gramsci, 2012, S. 501). Das Ideologische stellt damit nicht nur eine Dimension bloßer Ideen, sondern eine fundamentale Dimension des Sozialen dar, in der die Menschen »Bewußtsein von ihrer Stellung erwerben, kämpfen usw.« (ebd., S. 876). Anstatt eines zwangsläufigen Bewusstseins (klassendeterminierte Weltauffassung) oder einer falschen Weltauffassung (Verblendung) sind Ideologien für Gramsci also vielmehr die »Bilder, Konzepte und Prämissen [...], durch die wir bestimmte Aspekte des gesellschaftlichen Lebens darstellen, interpretieren, verstehen und ihnen einen Sinn geben« (Hall, 2012a, S. 151). Jedes Bewusstsein ist in dieser Perspektive ideologisch und damit sowohl kontingent als auch prominenter Schauplatz des gesellschaftlichen Kampfs um Hegemonie (ebd., S. 152). Und Ideologien sind bedeutsamer Bestandteil der Konstituierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sie bilden »den innersten Zement« der Zivilgesellschaft (Gramsci, 2012, S. 1313).

Gramsci vollzieht damit einen bedeutsamen kulturellen Wandel im Rahmen der bestehenden marxistischen Denkbewegungen seiner Zeit. Er hebt dabei zwar das topografische Marx'sche Modell von (ökonomischer) Basis und (politischen, rechtlichen und ideologischen) Überbauten nicht auf. Mit Bezug auf die begriffliche Unterscheidung zwischen Struktur (Basis) und Superstrukturen (Überbau)⁴ ist es ihm aber wichtig, diese nicht in einem reduktionistischen Determinationsverhältnis zueinander zu konzipieren, etwa mittels »objektiver Entwicklungsgesetze« (Hall, 2012b, S. 65f.). Er setzt die Struktur und die Superstrukturen vielmehr in ein Verhältnis des »Übergangs« (ebd., S. 65) bzw. einer »Wechselwirkung« (Gramsci, 2012, S. 1045) zueinander. Und in dieser Wechselwirkung bilden sie laut ihm einen »geschichtlichen Block« (ebd.), in dem auch die Superstrukturen (Wissenschaft, Politik, Medien, Religion etc.) ihre Kraft auf die ökonomisch-gesellschaftliche Struktur ausüben. Hierbei geht es ihm jedoch nicht um eine Privilegierung des Ideologischen, vielmehr vertritt Gramsci eine theoretische Position, in der allgemein geteilte, unhinterfragte Ideologien »notwendig sind für eine bestimmte Struktur« (ebd., S. 876) – Gramsci nennt diese »organische Ideologien«, weil sie konstitutiv eingelassen sind in das Funktionieren der gesellschaftlichen Strukturen. Die Unterscheidung zwischen Struktur und Superstrukturen stellt in diesem Sinne für Gramsci auch keine einfache Differenz zwischen Materialität auf der Seite der Struktur und Ideologischem auf der Seite der Superstrukturen dar. Im Gegenteil hebt er die Existenz von Superstrukturen hervor, »die eine »materielle Struktur« haben« (ebd., S. 472) bzw. ausbilden, etwa wenn die Wissenschaft wissenschaftliche Instrumente oder die Musik Musikinstrumente hervorbringt (ebd.). Schlussendlich bringt ihm zufolge die

4 Die terminologische Differenz in den Arbeiten von Marx (Basis, Überbau) und Gramsci (Struktur, Superstrukturen) wird vorwiegend auf die Übersetzung der italienischen Begriffe für Basis und Überbauten bei Gramsci (*struttura* und *sovrastruttura*) ins Deutsche zurückgeführt und weniger auf eine konzeptionelle Differenz (Langemeyer, 2009, S. 72f.).

ökonomisch-gesellschaftliche Struktur eine Klasse hervor, während »die Entwicklung und der Kampf um die Macht und um die Erhaltung der Macht [...] die Superstrukturen hervor[bringen], welche die Bildung einer ›speziellen materiellen Struktur‹ für ihre Verbreitung determinieren usw.« (Ebd.). Das Verhältnis von Struktur und Superstrukturen kann mit Gramsci schließlich als ein zirkuläres und wechselseitiges verstanden werden, in dem die materiellen Strukturen zwar die Superstrukturen überdeterminieren, die Superstrukturen aber in ihrer eigenen materiellen Autonomie auf die Struktur zurückwirken.

Hegemonie stellt in Gramscis Verständnis letztlich »eine widersprüchliche Konjunktur« dar (Hall, 2008d, S. 121), die andauernden Prozessen der Auflösung, der Krise, des Kampfes und der Wiederverfestigung unterliegt. Denn das Herrschaftsverhältnis der Hegemonie ist stets instabil und muss permanent durch *ökonomische, politische und ideologische Eingeständnisse* sowie *organisierende Führung* (siehe hierzu auch die Funktion von Intellektuellen in Kap. 2.3.5) hergestellt und aufrechterhalten werden. Hinsichtlich der Erarbeitung eines hegemonietheoretischen Gesellschaftsbegriffs kann mit Bezug auf Gramscis Überlegungen und Analysen letztlich also eine Perspektive herausgestellt werden, die (a) das Soziale als grundlegend offen begreift – wodurch das Soziale zum anhaltenden Schauplatz politischer Kämpfe um die Instituierung einer spezifischen Ordnung wird. Indem Gramsci den Fokus auf die Herstellung und Aufrechterhaltung eines sozialen Gleichgewichts durch spezifische Formen der politischen Überzeugung (Zugeständnisse, Führung etc.) legt, ermöglicht er einen *politischen* Gesellschaftsbegriff, der Kontingenz als nicht-notwendige Notwendigkeit respektive als unbestimmte Bestimmtheit zum radikalen Fundament des Sozialen erhebt. Auch »Gesellschaft« hat damit (b) keine Wesenhaftigkeit und erweist sich als vorläufiges Resultat, als »geschichtlicher Block« politischer Kämpfe. Allerdings behält, darauf komme ich noch zurück (siehe hierzu etwa Kap. 2.2.3), Gramsci trotz dieser Überwindungen ökonomiedeterministischer Annahmen (c) gesellschaftliche Klassen und Klassenverhältnisse als fundamentale Kategorien des hegemonialen Kampfes bzw. als festes Fundament sozialer Wirklichkeit bei.

2.2.2 Louis Althusser: Gesellschaft als komplexes, strukturiertes Ganzes

Wie Gramsci ist auch Louis Althusser (1918–1990) bekennender Marxist und Mitglied der Kommunistischen Partei – allerdings in Frankreich. Seinen Beitrag zum Marxismus sieht er nicht unbedingt in der politischen, sondern vielmehr in der theoretischen Praxis (Althusser, 2017 [1965]). Trotz politischer wie theoretischer Enttäuschung vom Dogmatismus der marxistischen Politik und Theorie seiner Zeit⁵ wendet sich Althusser nicht von Marx und dem Kommunismus ab, sondern widmet sich vielmehr zeitlebens der Rehabilitierung des theoretischen und politischen Projekts Karl Marx', auch und gerade entgegen der Desillusionierungen einer »kommunistische[n] Weltbewegung, für deren Erneuerung er in den sechziger und siebziger Jahren gestritten hat« (Wolf, 2017, S. 7). Auch wenn ihm diese Erneuerung zu Lebzeiten nicht gelungen ist und auch wenn sein Privatleben »nach stetem Ringen mit psychischen Erkrankungen in die Katastrophe

5 Die Enttäuschung kulminiert insbesondere in den Verbrechen Stalins.

der Tötung seiner Frau und Gefährtin Hélène Legotien/Rytman« (ebd.) mündete⁶, stellt sein theoretisches wie intellektuelles Schaffen eine zentrale Grundlage der sozial- und gesellschaftstheoretischen (Wieder-)Entdeckung und Weiterentwicklung der Hegemonietheorie Gramscis in »westlichen«, marxistischen Theoriezusammenhängen dar. Sein Schaffen war bedeutsam für eine ganze Generation kritischer Intellektueller in Frankreich (etwa für Badiou, Balibar, Foucault, Mouffe, Negri, Rancière etc., deren Lehrer er war) und übte über die nationalen Grenzen Frankreichs hinaus großen Einfluss auf bedeutsame Denker*innen der Gegenwart aus (etwa Butler, Hall, Laclau etc.).

Theoretisch verfolgte Althusser das Anliegen, die dogmatisch-ökonomistischen Reduktionismen im vorherrschenden Marxismus seiner Zeit zu überwinden. Gramscis Werke, dessen Gefängnisnotizen lange Zeit unveröffentlicht und damit auch im damaligen marxistischen Diskurs unberücksichtigt blieben, stellen eine der grundlegenden Bezugs- und Interpretationsquellen für Althussters Reartikulation des Marx'schen Theoriegebäudes dar, ohne dass er in seinen Texten ausführlich und allzu explizit auf Gramsci und seine begrifflichen Konzepte Bezug nimmt. Um den seinerzeit im marxistischen Diskurs (noch immer) vorherrschenden Ökonomiedeterminismus zu überwinden, in dem der gesellschaftliche Überbau (Politik, Ideologie/Theorie, Recht...) nur die zwangsläufige Erscheinung der ökonomischen Basis darstellte, wendete sich Althusser verstärkt der Bedeutung der Überbauten für die Reproduktion der Produktionsbedingungen einer Gesellschaft zu (Althusser, 2016 [1977], S. 37f.).⁷ Eine entsprechende Theoretisierung »der spezifischen Wirksamkeit der Überbauten und der anderen ›Umstände‹«, so Althusser (2017, S. 140; Herv. i. Orig.), sowie »des eigentümlichen Wesens der spezifischen Elemente des Überbaus« (ebd.) sei »größtenteils erst noch zu erarbeiten« (ebd.). Antonio Gramsci ist aus Althussters Sicht der Einzige, der sich seit Marx und Engels diesem Unterfangen angenommen hat (ebd.). Aus diesem Grund bedient er sich daher der Einsichten und Überlegungen Gramscis, hebt diese aber auf eine etwas abstraktere Theorieebene. Dies hat vermutlich vor allem damit zu tun, dass Althusser nicht so sehr an historisch-konkreten Analysen, sondern an einer allgemeinen Theoretisierung (Althusser spricht von THEORIE in Großbuchstaben) der materialistischen Dialektik von Marx interessiert war (ebd., S. 202–214).

6 Die Ermordung seiner Frau stellt eine sehr irritierende Schrecklichkeit dar, die Althussters theoretisches und intellektuelles Werk begleitet und die auch eine jahrelange Verdrängung Althussters aus der bürgerlichen wie akademischen Öffentlichkeit bewirkte.

7 Bei Marx und Engels, so Höslér (2012, S. 56), »besteht die erste Voraussetzung menschlicher Existenz darin, dass die Menschen ihre primären Lebensbedürfnisse befriedigen. [...] Dabei gehen die Menschen zwangsläufig Beziehungen untereinander (Produktionsverhältnisse) und zur Natur (Produktivkräfte) ein.« Die bedeutsamste Produktivkraft sind dabei die »Menschen mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten« (ebd.) selbst. Da die Existenzbedingungen den jeweiligen Menschen vorausgehen, bedingen sie »die von den Menschen täglich praktizierte Produktionsweise des materiellen Lebens« (ebd., S. 57) sowie – über den Produktionsprozess – schlussendlich das gesellschaftliche und individuelle Bewusstsein der Menschen (ebd.). Ausschlaggebend dafür, wie sich ein Produktionsprozess konstituiert (etwa als Herrschaftsverhältnis oder nicht), ist die Verfügung über die Produktionsmittel (etwa Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe, Geld...), also das Verhältnis zwischen Arbeit (Produzent*innen) und Kapital (Produktionsmittel). Herrschaftsverhältnisse existieren in dieser Perspektive »immer dann, wenn es sich bei Produzenten und Produktionsmittelbesitzern um verschiedene Bevölkerungsgruppen handelt« (ebd.).

In seiner Abgrenzung von ökonomiedeterministischen Verständnissen im Marxismus hebt Althusser (2016, S. 37) unter Berufung auf Marx hervor, dass »jedes Kind [weiß], dass eine Gesellschaftsformation, die nicht zur gleichen Zeit, wie sie produziert, auch ihre Produktionsbedingungen reproduziert, kein Jahr überleben würde.« Mit diesem Hervorheben der seines Erachtens verkannten Bedeutung der notwendigen Reproduktion der Produktionsbedingungen und -kräfte nimmt Althusser in zweifacher Weise einen gramscianischen Perspektivwechsel vor: zum einen hin zu den politischen und ideologischen Bedingungen der Reproduktion eines Herrschaftsverhältnisses, ohne die grundlegende Bedeutung des Ökonomischen für diese Ansätze zu negieren. Zum anderen vollzieht er eine Art praxistheoretische Wende, die die Bedeutung von Praxis innerhalb des Produktions- und Reproduktionsgeschehens einer Gesellschaftsformation hervorhebt (Althusser, 2017, S. 205f.): Nicht der Rohstoff oder das Produkt, sondern die Praxis wird zum »bestimmenden Moment« (ebd., S. 205; Herv. i. Orig.) der Reproduktion und Transformation sozialer Wirklichkeit.

Analog zu Gramsci fasst auch Althusser »Gesellschaft« in der Marx'schen, topografischen Metapher eines Gebäudes auf, das sich aus Basis (ökonomische Produktionsbedingungen) und Überbau (Gesetze, Politik, Ideologie) zusammensetzt. Wie Gramsci ordnet er Basis und Überbau allerdings *nicht* in einem einseitig-deterministischen Verhältnis zueinander an (Althusser, 2016, S. 44–47; Balibar, 2018 [1965], S. 445–451): »Die ›Produktionsverhältnisse‹ sind dort nicht die reine Erscheinungsform der Produktivkräfte: Sie sind auch deren Existenzbedingungen; der Überbau ist nicht die reine Erscheinungsform der Basisstruktur; er ist auch deren Existenzbedingung« (Althusser, 2017, S. 260). Insbesondere über die Verwendung des Praxisbegriffs⁸ denkt Althusser dieses Verhältnis als ein Verhältnis der Wechselseitigkeit. Stellt die Basis die Existenzbedingung für die überbaulichen Praxen dar, so stellt die Praxis das »Moment der *Arbeit der Transformation* selbst [dar], das in einer spezifischen Struktur Menschen, Mittel und eine technische Methode des Einsatzes der Mittel zusammen ans Werk setzt« (ebd., S. 205). Dadurch werden die Existenzbedingungen (der Praxis) durch die Praxis transformiert, und die Praxis wird somit zur Existenzbedingung ihrer eigenen Existenzbedingungen. Aus diesem Grund stellt eine gesellschaftliche Struktur laut Althusser auch nie einen reinen »Rohstoff« für die Umarbeitung in der Praxis, sondern immer schon ein durch Praxis transformiertes (Zwischen-)Produkt dar, das dann wiederum zur Grundlage neuer Praktiken wird. Die überbaulichen Instanzen des Rechts, der Politik und des Ideologischen stehen in diesem Sinne in einem Verhältnis der relativen Autonomie zur ökonomischen Basis (Althusser, 2016, S. 46 & 2017, S. 137; Balibar, 2018, S. 451).

Trotz der Hervorhebung der Rekursivität des Produktionsprozesses gesellschaftlicher Wirklichkeit hält Althusser (2017) neben dem topografischen Basis-Überbaumodell auch an der klassisch marxistischen Vorstellung fest, dass sich gesellschaftliche Wirklichkeit auf Basis eines Hauptwiderspruchs von Kapital auf der einen und Arbeit auf der anderen Seite konstituiert.⁹ Dabei versteht er den Hauptwiderspruch allerdings nicht

8 In seinem Werk *Für Marx* unterscheidet Althusser die ökonomische Praxis der Produktion von den politischen, ideologischen und theoretischen Praxen (ebd., S. 206).

9 Die Annahme eines Hauptwiderspruchs geht davon aus, dass sich eine Gesellschaftsformation stets auf der Basis eines Grundwiderspruchs, der Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, kon-

als determinierend für alle anderen gesellschaftlichen Erscheinungen (ebd., S. 244). Vielmehr steht der Hauptwiderspruch, entsprechend der Logik der Rekursivität, die die relative Autonomie des Überbaus produziert, in einem wechselseitig determinierenden Verhältnis zu seiner eigenen, internen Haupt- und Nebenseite sowie zum anderen zu weiteren gesellschaftlichen Nebenwidersprüchen (ebd., S. 244f.). Sowohl der Hauptwiderspruch als auch die Nebenwidersprüche sowie das Verhältnis von Basis und Überbau verlieren dabei ihre Eindeutigkeit, werden aber nicht mehrdeutig und beliebig (ebd., S. 266). Sie müssen vielmehr »als komplex-strukturell-ungleichmäßig-determiniert« (ebd.) verstanden werden, wobei Althusser (ebd.) hinzufügt: »Ich gebe zu, dass ich ein verkürztes Wort vorgezogen habe: nämlich überdeterminiert.«

Diese Überdeterminierung stellt für ihn nicht die Ausnahme, sondern den Normalfall sozialer Wirklichkeit dar (ebd., S. 126–130), und geht mit zwei bedeutsamen Aspekten einher: *Erstens* verweist Überdeterminierung auf die wechselseitig-rekursive Strukturierung und Machtausübung zwischen den vorherrschenden ökonomischen Existenzbedingungen und den sozialen (überbaulichen) Praxen, die einen permanenten Überschuss und damit Komplexität produzieren. Soziale Wirklichkeit kann somit laut Althusser nicht auf einfache Ursprünge zurückgeführt werden, und Komplexität stellt die Grundbedingung sozialer Wirklichkeit dar. An die Stelle einer ursprünglichen Wesenhaftigkeit setzt der Marxismus nach Althusser damit die komplexe Strukturiertheit jedes konkreten Gegenstandes, »die sowohl die Entwicklung des Gegenstandes als solche steuert als auch die Entwicklung der theoretischen Praxis, die seine Erkenntnis produziert« (ebd., S. 251).

»Wir haben damit kein ursprüngliches Wesen mehr, sondern, soweit auch die Erkenntnis in seine Vergangenheit zurückgeht, nur noch ein ›Immer-schon-Gegebenes‹. Wir haben damit keine einfache Einheit mehr, sondern eine strukturierte, komplexe Einheit. Wir haben damit also keine ursprüngliche einfache Einheit mehr (in welcher Form auch immer), sondern nur das ›Immer-schon-Gegebene‹ einer strukturierten, komplexen Einheit.« (ebd.; Herv. i. Orig.)

Zweitens verweist der Begriff Überdeterminierung neben der Nicht-Notwendigkeit und Komplexität des Sozialen auf die Bedeutung einer strukturellen Dominante in der Produktion einer Gesellschaftsformation als »komplexe[s], strukturierte[s] Ganze[s]« (ebd., S. 260). Damit sich ein solches komplexes, strukturiertes Ganzes als Einheit herausbilden kann, benötigt es jedoch zunächst einer strukturellen Dominante, die diese Ein-

stituiert (Khella, 2020, S. 41), zu denen »alle anderen Klassen und Schichten eine untergeordnete Stellung einnehmen« (ebd.). Im Feudalismus »bildeten Bauern und Feudalherren die beiden Grundklassen der Gesellschaft« (ebd.), im Kapitalismus bilden sie hingegen die Bourgeoisie, die über das Kapital und damit die Produktionsmittel verfügt, und die Arbeiter*innenklasse, die die Produktivkräfte repräsentiert (ebd.). Der zentrale kapitalistische Widerspruch besteht dabei insbesondere in dem Verhältnis der gesellschaftlichen Produktion (Arbeiter*innen) und der individuellen Aneignung des Produkts (durch die Kapitalist*innen/Bourgeoisie). Nebenwidersprüche (etwa Geschlechterverhältnisse etc.) können als Folgeerscheinungen des Hauptwiderspruchs angesehen werden (ebd., S. 46) oder aber, wie bei Althusser (2017, S. 244f.), als untergeordnete, aber relativ autonome Widersprüche, die in einer komplexen Beziehung zum Hauptwiderspruch stehen.

heit hervorbringt (ebd., S. 259), sodass jede Struktur eine Struktur mit Dominante ist (ebd., S. 254–279). Die Rekursivität bzw. »Bedingtheit« (ebd., S. 261) zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zwischen Basis und Überbau, Produktion und Produktionsverhältnissen, »läuft dabei trotz ihrer scheinbaren Zirkularität nicht auf eine Zerstörung der Herrschaftsstruktur hinaus, die die Komplexität dieses Ganzen [der Gesellschaft] und damit auch seine Einheit bildet« (ebd.). Vielmehr wird die rekursive und überdeterminierte Einheit der Widersprüche durch die strukturelle Dominante bzw. durch die dominierende Produktionsweise in spezifischer Weise artikuliert (Balibar, 2018, S. 474). In dieser Perspektive gibt es zu unterschiedlichen historischen Zeiten zwar unterschiedliche Produktionsweisen, die eine Gesellschaftsformation letztendlich konstituieren und determinieren und die eher von der Instanz der Politik (etwa im antiken Griechenland) oder auch des Ideologischen (etwa in Form des Katholizismus im Mittelalter) dominiert sein können (ebd., S. 467). Der Ökonomie kommt hierin allerdings insofern wieder ein determinierender Charakter zu, als sie »[i]n unterschiedlichen (Gesellschafts-)Strukturen [...] darüber entscheidet, welche Instanz der gesellschaftlichen Struktur die (in letzter Instanz) determinierende Position einnimmt« (ebd., S. 475; Herv. i. Orig.). Die Ökonomie wird schließlich also als Fundament beibehalten, da es von den ökonomischen Strukturen abhängig ist, welcher gesellschaftlichen Instanz eine dominierende Rolle in der Hervorbringung sozialer Wirklichkeit zukommt.

Trotz dieser letztlich determinierenden Funktion der Ökonomie stellt Althusser – im Anschluss an die relativ autonome Konzeption von politischer Gesellschaft (Staat) und Zivilgesellschaft im integralen Staat bei Gramsci – insbesondere in seinem Werk *Ideologie und Ideologische Staatsapparate* (2016 [1995]) die Bedeutung und Notwendigkeit der ideologischen Reproduktion einer Gesellschaftsformation heraus. Dies gilt auch für eine kapitalistische Produktionsweise, in der sowohl Produktion als auch Produktionsweise einen ökonomischen Charakter aufweisen (Balibar, 2018, S. 472–476): »Die Ideologie repräsentiert das *imaginäre* Verhältnis der Individuen zu ihren *realen* Existenzbedingungen« (Althusser, 2016, S. 75; eigene Herv.). Das Imaginäre der Ideologie besitzt für ihn deshalb »eine materielle Existenz« (ebd., S. 79), weil jede Praxis von Ideologien vermittelt ist und Praxis – wie oben eingeführt – das bestimmende Moment der Herstellung, Aufrechterhaltung und Veränderung sozialer Wirklichkeit ist. Ideologien, so Althusser weiter, bringen Individuen erst als soziale und damit sozial handlungsfähige Subjekte hervor, indem sie sie in eine imaginäre Position der Intelligibilität hineinrufen.¹⁰ Aus dieser Position heraus können die Subjekte erst als spezifische Subjekte in Erscheinung treten und mittels ihrer Praktiken die Ideologien in ihrer materiellen Existenz (re-)produzieren (ebd., S. 84–91).

10 Für Althusser (2016, S. 84–91) besteht die Funktion der Ideologie in der Operation der Anrufung (Interpellation). Dies meint, dass die Ideologie die Individuen in einer ganz bestimmten Weise bzw. Subjektposition anruft und in diesem Anrufen in Subjekte transformiert (ebd., S. 88). Diesen Vorgang beschreibt er exemplarisch anhand des Beispiels einer »der banalsten alltäglichen Anrufung[en] [...], wie sie etwa von Polizei wegen oder auch ohne diese Zuspitzung erfolgt: ›He, Sie da!« (ebd.): »Einmal unterstellt, dass die vorgestellte theoretische Szene sich auf der Straße abspielt, dann dreht sich das angerufene Individuum um. Durch diese einfache physische Wendung um 180 Grad wird es zum *Subjekt*. Warum? Weil es damit anerkennt, dass der Anruf ›genau‹ ihm galt und dass es ›gerade es war, das angerufen wurde‹ (und niemand anderes)« (ebd., S. 88f.; Herv. i. Orig.).

Aufgrund dieser Bedeutung des Ideologischen weist Althusser den ideologischen Staatsapparaten (Schule, Medien, Wissenschaft, Kirchen...) eine entscheidende Rolle bei der Reproduktion der hegemonialen Produktionsverhältnisse zu. Für ihn »kann keine Klasse dauerhaft die Staatsmacht in Besitz halten, ohne zugleich ihre Hegemonie über und in den Ideologischen Staatsapparaten auszuüben« (ebd., S. 58; Herv. i. Orig.). Hegemonie, die maßgeblich auf der Reproduktion der gesamten Gesellschaftsformation durch das Ideologische beruht, wird dementsprechend laut Althusser durch die ideologischen Staatsapparate gewährleistet. Im Gegensatz zu Gramsci, der »Ideologien auf widersprüchlichere Weise – als Schauplätze und Einsätze des Klassenkampfes« (Hall, 2008d, S. 125) – denkt, neigt Althusser hierbei jedoch »zu der Vorstellung [...], daß Ideologie nur die Herrschaft der herrschenden Klasse sichert« (ebd.). Und während Gramsci sowohl das Terrain des Ideologischen als auch gesellschaftliche Hegemonieapparate als umkämpft erachtet, tendiert Althusser dazu, die ideologischen Staatsapparate und das ideologische Geschehen in ihnen relativ einheitlich und von der herrschenden Klasse dominiert zu konzipieren.

Insgesamt wendet sich aber auch Althusser in seinen gesellschaftstheoretischen Überlegungen von der Annahme eines wesenhaften Ursprungs sozialer Wirklichkeit ab. Demgegenüber versteht er Überdeterminierung als (a) Nicht-Notwendigkeit und Komplexität und gleichzeitig als (b) strukturelle Dominante und somit Grundlage des Sozialen und von Gesellschaftlichkeit. Zudem hebt er (c) die relative Bedeutung der überbaulichen Instanzen, insbesondere des Ideologischen im Verhältnis zum Ökonomischen, für die Reproduktion einer Gesellschaftsformation hervor. Ganz im Zeichen der Theorie des integralen Staates bei Gramsci arbeitet Althusser mit einer hegemonietheoretischen Gesellschaftskonzeption, in der der Staat eine zentrale Rolle einnimmt. Der Staat ist zwar nicht die Gesellschaft, aber die Staatsmacht stellt eine besondere, machtvordichtende Kraft für die Produktion und Reproduktion einer Gesellschaftsformation dar, insofern sie es vermag, die Zivilgesellschaft von einer bestimmten Ordnung zu überzeugen. Dafür bildet, Althusser (2016, S. 59f.) zufolge, die Staatsmacht repressive und ideologische Staatsapparate aus. In seiner Beibehaltung des topografischen Modells von Basis und Überbau sowie seiner staatszentrierten Konzeption von Gesellschaft (insbesondere in Althusser, 2016) hält er letztendlich jedoch eine übergeordnete Funktion der Ökonomie und des Staates für die Hervorbringung von Gesellschaftlichkeit aufrecht, die es für ein postfundamentalistisches Denken von Gesellschaft weiterhin zu überwinden gilt.

2.2.3 Ernesto Laclau und Chantal Mouffe: Gesellschaft als unmögliches Objekt

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2012 [1985]) schließen in ihrer diskurs- und bedeutungstheoretischen Wendung der Hegemonietheorie, die sie selbst als postmarxistisch bezeichnen (Laclau & Mouffe, 1990), zu einem großen Teil an die Vorarbeiten von Gramsci und Althusser an. Ich würde sogar so weit gehen, zu behaupten, dass sie neben der Einführung und Stärkung des ein oder anderen theoretischen Elements vor allem eine Übersetzung der skizzierten Vorarbeiten in ein diskurstheoretisches Theoriegebäude vornehmen. Wie bei Gramsci und Althusser können auch bei Laclau und Mouffe spezifische historisch-politische Kontextbedingungen und damit in Zusammenhang stehen-

de erkenntnistheoretische Anliegen herausgestellt werden, die ihre Modellierungen des Hegemoniekonzepts leiten.

Der in Argentinien geborene Ernesto Laclau (1935–2014) war vor seiner Migration nach England Ende der 1960er-Jahre bereits in marxistischen Bewegungen und Kämpfen aktiv. Die Erfahrungen mit dem Weiterbestehen des Perónismus nach dem Sturz Peróns und der »Erfolg eines linken, populären Nationalismus« (Stäheli & Hammer, 2016, S. 66) stellten bereits vor seinen explizit hegemonietheoretischen Auseinandersetzungen die ersten praktischen Erfahrungen mit Hegemonie und Postmarxismus dar (Laclau, 1990d, S. 200). »Denn deutlich wurde auf der Ebene politischer Kämpfe, dass eine im marxistischen Sinne klassenfundierte Politik sich blind gegenüber der Funktionsweise des perónistischen Populismus erweist« (Stäheli & Hammer, 2016, S. 66). Die in Belgien geborene Chantal Mouffe (1943–aktuell) erlebte hingegen die Konjunktur des Marxismus als Studentin Louis Althusser in Paris. Mit ihrem Text *Hegemony and ideology in Gramsci* (Mouffe, 1979) »formulierte [sie] eine der ersten diskurstheoretischen Lektüren Gramscis Hegemonietheorie« (Stäheli & Hammer, 2016, S. 67). Schlussendlich ist es aber die Akkumulation unterschiedlicher historisch-politischer und theoretischer Erfahrungen, die den grundlegenden Entstehungskontext der diskursiven Modellierungen Gramscis Hegemonietheorie durch Laclau und Mouffe bereitete: Zum einen waren dies Erfahrungen der Desillusionierung, sowohl im Zusammenhang mit real existierenden Formen des Sozialismus – insbesondere »des Sozialismus sowjetischen Typs« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 23) – als auch mit dem linken Denken der damaligen Zeit. Letzteres bot ihres Erachtens keine angemessenen Antworten auf die sozialen Herausforderungen zu dieser Zeit (ebd., S. 31). Zum anderen und entscheidender für ihre Revision linker Theoriebildung war aber, wie sie selbst schreiben, eine »ganze Reihe von positiven neuen Phänomenen« (ebd.):

»das Auftauchen des neuen Feminismus, die Protestbewegungen der ethnischen, nationalen und sexuellen Minderheiten, die anti-institutionellen, von marginalisierten Schichten der Bevölkerung geführten Kämpfe, die Anti-Atomkraft-Bewegung, die atypischen Formen des sozialen Kampfes an der kapitalistischen Peripherie« (ebd.).

Es ist dieser Mix aus Enttäuschungen und Veränderungen, die den Ausgangspunkt ihres Versuchs einer dekonstruktiven Rekonstruktion des Marxismus zu einer postmarxistisch radikal demokratischen Hegemonietheorie darstellt. Und diese Rekonstruktion entsprach den Maximen, (1) »das Auftreten neuer Konfliktlinien in modernen Gesellschaften« (Stäheli & Hammer, 2016, S. 66) *nicht* auf Klassenkonflikte respektive den Klasseengegensatz von Kapital und Arbeit zu reduzieren (ebd.) sowie (2) den Sozialismus nicht »ohne Demokratie und ohne Respekt vor den Menschenrechten« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 23) zu denken.

Da es Laclau und Mouffe bei diesem Theorieprojekt nicht darum ging, einfach ein neues Fundament »in letzter Instanz« an die Stelle von Klassenakteur*innen zu setzen, reichte es nicht aus, »die alten Klassenakteure mit zeitgemäßen Akteuren (wie den Neuen Sozialen Bewegungen) zu ersetzen« (Stäheli & Hammer, 2016, S. 64). Erforderlich waren vielmehr neue Begriffe, die das Denken und die Entwicklung einer neuen Theorie jenseits wesenhafter Gründe ermöglichten. Es mussten also »all jene Konzepte [aufgege-

ben werden], welche die Gesellschaft mit einem letzten Fundament versehen und so den Bereich möglicher Politisierbarkeit einschränken« (ebd.). Für Laclau und Mouffe (2012) erwuchs daraus die Notwendigkeit eines differenztheoretischen Denkens des Sozialen, das die Positivität sozialer Objekte rigoros aus deren radikalen Negativität und Relationalität ableitet.

Wie auch in Gramscis metaphorischer Konzeption von Hegemonie als Stellungskrieg, bezeichnet Hegemonie für Laclau und Mouffe einen spezifischen »*Typus politischer Beziehung*« (ebd., S. 184; Herv. i. Orig.). Sie ist ein bewegliches, kontingentes und gleichzeitig asymmetrisches Herrschaftsverhältnis, das die Abgründigkeit des Sozialen über die Etablierung von Antagonismen (siehe Kap. 2.3.4) vorübergehend zu stabilisieren vermag. Dabei wird in der Metapher des Stellungskriegs ein Verständnis des Sozialen deutlich, das zum einen »die Unmöglichkeit jedweder Schließung des Sozialen« (ebd., S. 178) sowie zum anderen die Relationalität der sozialen Akteur*innen und ihrer »Identitäten« anzeigt (ebd.). Allerdings setzt nach Ansicht Laclaus und Mouffes Gramscis Konzeption des Stellungskriegs »die Spaltung des sozialen Raums in zwei Lager« (ebd.) voraus. Eine solche Zweiteilung kann ihres Erachtens jedoch maximal »in bestimmten Fällen ein *Effekt* der hegemonialen Artikulation sein, nicht aber ihre apriorische Bedingung« (ebd.). Denn gerade »die Vermehrung dieser politischen Räume und die Komplexität und Schwierigkeit ihrer Artikulation [bildet] ein Hauptmerkmal der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaftsformationen« (ebd., S. 179). Hegemonie stellt in dieser Perspektive folglich keinen bestimmbar Ort (das Zentrum) innerhalb des Sozialen dar (ebd., S. 181f.), sondern vielmehr »eine Logik des Sozialen« (ebd., S. 33), die die vorläufige Herausbildung und Stabilisierung von »hegemoniale[n] Knotenpunkte[n]« (ebd., S. 181) als »Verdichtungspunkte einer Anzahl sozialer Beziehungen« (ebd.) erfordert.

Die Bildung von Knotenpunkten ist insbesondere aufgrund der Überdeterminiertheit des Sozialen notwendig. Überdeterminierung beschreiben sie dabei im Anschluss an Althusser als einen »sehr präzise[n] Typus von Verschmelzung, der eine symbolische Dimension erfordert und eine Pluralität von Bedeutungen mit sich bringt« (ebd., S. 133). Überdeterminierung ist für sie das Moment der komplexen Relationalität und Durchkreuztheit des Sozialen sowie der daraus resultierende Effekt eines Bedeutungsüberschusses, der jeder sozialen Praxis und Formation inhärent ist und die Notwendigkeit der nicht-notwendigen Symbolisierung erfordert. Nichts im Sozialen ist ihrer Ansicht nach auf eine einzige und immanente Bedeutung reduzierbar, weshalb sich das Soziale in der macht- und gewaltvollen Produktion von Bedeutung konstituiert. »Infolgedessen«, schlussfolgern Laclau und Mouffe (ebd.) daraus, »liegt die weitreichendste Bedeutung von Althusser's Aussage, daß alles, was im Sozialen existiert, überdeterminiert ist, in der Behauptung, daß das Soziale sich als symbolische Ordnung konstituiert.« Alles im Sozialen ist laut ihnen also stets artikuliert in symbolischen Zeichen- bzw. Bedeutungssystemen. Die Unterscheidung zwischen einer Ebene der materiellen Wesenhaftigkeit und einer der ideologischen Erscheinungen macht dann keinen Sinn (siehe Kap. 2.4.1), da »alles, was im Sozialen existiert« (ebd.), keine ihm eigene Wesenhaftigkeit und Bedeutung aufweist, sondern immer schon symbolisch in einem Feld der Bedeutungsproduktion vermittelt ist. Deshalb gibt es für Laclau und Mouffe (1990, S. 103–105) zwar eine Realität außerhalb des Sozialen, aber diese ist niemals eine bedeutungsvolle Welt,

genauso wie es innerhalb des Sozialen nur eine mit kontingenter Bedeutung versehene Wirklichkeit gibt. Aus diesen diskurstheoretischen Vorannahmen folgern sie die widersprüchliche Grundannahme ihres post-essenzialistischen Ansatzes von der Gesellschaft als »unmöglichem Objekt« (Marchart, 2013), womit sie zum einen davon ausgehen, dass »[d]ie Gesellschaft und die sozialen Agenten« keine Wesenhaftigkeit haben, und dass zum anderen »ihre Regelmäßigkeiten lediglich aus den relativen und prekären Formen der Fixierung [bestehen], die die Errichtung einer bestimmten Ordnung mit sich bringt« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 133).

Gesellschaft hat also kein notwendiges Fundament – kein Territorium, kein Volk, kein nichts – außerhalb eines historisch gewachsenen Feldes machtvoller Entscheidungen (Laclau, 1999, S. 114–125; Laclau & Mouffe, 2012, S. 185–187).¹¹ Diese Entscheidungen gründen zwar auf bestehenden Machtverhältnissen (Laclau, 1999, S. 121f.), können aber auf kein fest zugrundeliegendes Fundament zurückgeführt werden. Trotz der kontingenztheoretischen Stärke, die sie Gramsci und auch Althusser zuweisen, kritisieren Laclau und Mouffe (2012, S. 105) bei beiden vor allem die direkte oder indirekte Aufrechterhaltung der Determination durch die Ökonomie als letzte, verbleibende ontologische Grundlage: Während laut ihnen (ebd.) bei Gramsci trotz Relationalität letztlich eine fundamentale Klasse und damit die ökonomische Basis als vereinheitlichendes Prinzip beibehalten wird, ist es ihnen zufolge bei Althusser die Ökonomie, die letztlich determiniert, welche Produktionsweise die Artikulation der unterschiedlichen Ebenen des Überbaus entscheidet (Laclau, 1981, S. 70f.; Laclau & Mouffe, 2012, S. 134f.). Wenn die Determination durch die Ökonomie aber in letzter Instanz aufrechterhalten wird, ist (Klassen-)Hegemonie kein »gänzlich praktisches Resultat des Kampfes, sondern hat eine letzte ontologische Grundlage« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 105). Bei ihrem Versuch, diese letzte ontologische Grundlage zu überwinden und das Soziale in Begriffen jenseits essenzialistischer Fundamente zu fassen (ebd., S. 31–35), entwickeln Laclau und Mouffe deshalb ein Verständnis des Sozialen und seiner »Objekte« (wie Gesellschaft, Subjekte, Institutionen etc.), das deren Ermöglichungsbedingung in deren eigentlicher Unmöglichkeit denkt. Sowohl das Soziale als auch Gesellschaft erscheinen darin als immer nur vorläufig mögliche und zugleich notwendig instituierte, spannungsvolle Formationen.

Diese Wendung der Hegemonietheorie zu einer negativen Sozialontologie geht schlussendlich mit einer Reihe neuerer Begrifflichkeiten sowie dem oben bereits angedeuteten paradigmatischen Wechsel einer »Theorie des ›Seins‹ [...] zu einer Theorie der Produktion von *Bedeutung*« (Marchart, 2010, S. 218; Herv. i. Orig.) einher. Da das Soziale auf keinem wesenhaften Fundament basiert, ist es permanent darauf angewiesen, Bedeutungen zu produzieren und zu fixieren, die Sozialität in spezifischer Weise ermöglichen und herstellen. Gesellschaft existiert hierin nur als Versuch des Sozialen, seine Grundlosigkeit und Offenheit zu überwinden, »indem es sich zu Gesellschaft schließt, was ihm immer nur graduell gelingen wird, da ein Zustand endgültiger Schließung unmöglich erreicht werden kann« (ebd., S. 202f.). Gesellschaft stellt dann

11 Die Aufsichtung und Ablagerung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die das unentscheidbare Feld notwendiger Entscheidungen reglementieren und begrenzen, fassen sie in dem Begriff der Sedimentierung (siehe Kap. 2.3.6).

eine imaginäre Bestrebung mit zugleich objektivierenden Effekten der Fixierung des Sozialen dar, die immer nur partiell und vorläufig ist (Laclau & Mouffe, 2012, S. 140).

Trotz der radikalen Negativität bzw. Unbestimmtheit des Sozialen ist soziale Bestimmtheit nach Laclau und Mouffe immer notwendig, da soziale Praxis ansonsten in einem Abgrund der Bedeutungslosigkeit unmöglich wäre. Kontingenz tritt bei ihnen deshalb als ein sich selbst subvertierendes, komplex aufeinander bezogenes und ineinander verschränktes Verhältnis von Nicht-Notwendigkeit (oder: Unbestimmtheit) und Notwendigkeit (oder: Bestimmtheit) auf (siehe Kap. 1.2). Um diese Selbst-Subversivität des Sozialen begrifflich zu denken, arbeiten die beiden mit einer grundlegenden Differenz zwischen dem Sozialen und dem Politischen: Das Politische – zu unterscheiden von der Politik – wird nicht als eine eigens zu bestimmende Dimension des Sozialen gedacht, sondern als dessen Kehrseite. Während sich das Politische auf den ontologischen Moment der Instituierung und Deinstituierung einer kontingenten sozialen Ordnung bezieht, stellt das Soziale das Feld der sedimentierten Formen nicht-notwendiger, kontingenter Objektivität dar (Laclau, 1990c, S. 35). Ferner wird das Politische in diesem Ansatz mit einem der grundlegendsten Begrifflichkeiten von Laclau und Mouffe, dem Antagonismus (siehe Kap. 2.3.4), gleichgesetzt (Laclau, 1990c, S. 35). Damit bezeichnet das Politische den Moment von unentscheidbaren Alternativen sozialer Ordnung und deren machtvoller Entscheidung (Laclau, 1999). Wobei der Moment der Ent-Scheidung immer auch eine Form des Ausschlusses darstellt, bei der das Ausgeschlossene als Grundvoraussetzung der Konstitution und Fixierung von Bedeutung in seiner Abwesenheit stets anwesend bleibt. Denn nur über den negativen Ausschluss wird das Soziale als ein intelligibles Feld kontingenter »Objekte« hergestellt (siehe Kap. 2.3.4). Während diese Objekte ihre singuläre Identität, um es vereinfacht auszudrücken, der Differenz zu den anderen Objekten innerhalb desselben Bedeutungssystems verdanken, erhalten sie ihre gemeinsame Identität lediglich durch den Ausschluss von etwas mit allgemeiner Bedeutung. Dementsprechend kann das Soziale »als eine Form des Politischen im ›Schlafzustand« (Marchart, 2010, S. 216) verstanden werden, dessen politisch institutionalierter Charakter, also dessen Gründung auf einem Abgrund durch Ausschluss vermittels der Prozessualität der Sedimentierung (siehe Kap. 2.3.6) zuweilen in Vergessenheit gerät (Marchart, 2010, S. 215; zu Näherem über das Politische siehe Kap. 4.2.3).

Im Rahmen dieser bedeutungstheoretischen Übersetzung der Hegemonietheorie setzen Laclau und Mouffe (2012, S. 149) das Soziale mit dem Feld des Diskursiven – nicht zu verwechseln mit Diskurs(en) – gleich. Da das Soziale auf keiner unveränderlichen Essenz gründet, kann sich das Feld des Sozialen stets nur als kontingentes Verhältnis von Differenz und Äquivalenz instituieren (siehe Kap. 2.3.3). Zum einen, weil sich Bedeutung nicht aus sich selbst heraus, sondern nur über die Differenz zu etwas anderem herstellt. Und zum anderen, weil es trotzdem notwendig ist, diese Differenzen zu einem gemeinsamen Verhältnis zusammenzufassen und somit eine Äquivalenzbeziehung herzustellen, die ihre Gemeinsamkeit zum Ausdruck bringt. In dieser Weise übertragen Laclau und Mouffe Gramscis Logik der Konstruktion eines Klassenbündnisses über die Universalisierung von Interessen, ohne dabei auf Klasse als fundamentale Dimension des Sozialen zurückgreifen zu müssen. Da aber kein Differenzverhältnis jemals komplett in Äquivalenz aufgehen kann (denn dann gäbe es keine Differenzen mehr) und da kein Äquivalenzverhältnis ident mit seinen Differenzen sein kann, bleibt die end-

gültige Fixierung jedes sozialen Verhältnisses letztlich unmöglich. Dies hat auch damit zu tun, dass auch Äquivalenz nicht auf einem prädiskursiv existierenden Fundament gründet, sondern nur durch den Ausschluss von etwas erzeugt werden kann, das alle Differenzen in gleichem Maße negiert (einem Antagonismus) und damit als eigentliche Un_Möglichkeitsbedingung stets abwesend anwesend bleibt. Das Soziale konstituiert sich lediglich in dem Versuch, die letztlich unmögliche Fixierung zu bewerkstelligen: »The social is not only the infinite play of differences. It is also the attempt to limit that play, to domesticate infinity, to embrace it within the finitude of an order« (Laclau, 1990b, S. 91).

Auch in dieser Betrachtung stellt »Gesellschaft« keine »fundierende Totalität« dar (Laclau & Mouffe, 2012, S. 130), die das Soziale endgültig fixiert. Die Gesellschaft gibt es nicht (Laclau & Mouffe, 1990), und sie kann auch in dem Versuch der unmöglichen Fixierung des Sozialen nicht endgültig produziert werden. Trotzdem bleibt »Gesellschaft« in der Anstrengung des Sozialen, dieses unmögliche Objekt zu konstruieren, anwesend (ebd., S. 150). Sie existiert als vergeblicher Versuch, der Abgründigkeit des Sozialen einen Grund zu geben (Laclau, 1990b, S. 92). Allerdings werden in diesen politischen, weil radikal kontingenten Akten des unmöglichen Versuchens der Fixierung des Sozialen als »Gesellschaft« Gesellschaftseffekte (*society effects*) produziert, die das Soziale vorübergehend fixieren (Laclau & Zac, 1994, S. 18f.). In der begrifflichen Konstruktion des Verhältnisses zwischen dem Sozialen und der Gesellschaft wird also das grundlegende Denken von Laclau und Mouffe deutlich, das ihre negative Sozialontologie als Theorie der Bedeutungsproduktion unterlegt: Gesellschaft bleibt als unmögliches Objekt abwesend anwesend und ermöglicht und verunmöglicht in dieser abwesenden Anwesenheit zugleich die vorübergehende Fixierung des Feldes des Sozialen.

2.3 Elemente des hegemonietheoretischen Horizonts – vertiefende Erkundungen

Im Anschluss an diese komprimierten gesellschaftstheoretischen Modellierungen der drei zentralen Spektren im Horizont der Hegemonietheorie stelle ich im Folgenden einige der zentralen theoretischen Konzepte näher heraus, die bedeutsam für ein post-fundamentalistisches Denken von Gesellschaft sind. Ich rücke folglich diejenigen Konzepte von Gramsci, Althusser sowie Laclau und Mouffe in den Vordergrund, die für ein Denken von Bildung in der Migrationsgesellschaft relevant sind, und diskutiere sie in einem Zusammenhang zueinander, sodass die Kontinuitäten, Diskontinuitäten und Weiterentwicklungen, aber auch die Vernachlässigungen und Brüche zwischen den theoretischen Spektren sichtbar werden. Wie bereits erwähnt, geht es mir dabei nicht darum, eine Art Evolution des Hegemoniekonzepts von Gramsci über Althusser bis hin zu Laclau und Mouffe zu suggerieren, auch wenn ich in der Darstellung zumeist einer chronologischen Linearität folge. Diese Linearität hat allerdings vor allem damit zu tun, dass ich in meinen weiteren Beschäftigungen im Großen und Ganzen die diskurstheoretischen Begrifflichkeiten und Konzepte bevorzuge. Zudem geht es mir bei der gemeinsamen Darstellung nicht so sehr um eine Herausstellung von Unterschieden, sondern darum, die drei Theoriespektren in einem Zusammenhang zu diskutieren, der es erlaubt, diese so-

wohl miteinander zu stärken als auch gegeneinander zu wenden, um sie für die weitere Untersuchung nutzbar zu machen sowie auch um mit ihnen über sie selbst hinausgehen zu können.

Die einzelnen Kapitel sind der Übersicht wegen (ein wenig wie ein Glossar) an ausgewählten Elementen (Konzepten) orientiert. Sie bauen aber aufeinander auf und differenzieren sich so wechselseitig zueinander aus. Ich beginne in Kapitel 2.3.1 mit dem Element der Artikulation als grundlegende Logik einer Sozialtheorie im Zeichen der Denkfigur der Un_Bestimmtheit (Kontingenz). Daran anschließend gehe ich in Kapitel 2.3.2 näher auf die Konzepte der Ideologie, der Materialität und der Diskursivität ein. In diesem Abschnitt findet sich auch ein Exkurs zum Diskursverständnis bei Laclau und Mouffe, der dieses allgemein in den diskurstheoretischen Rahmen von Michel Foucault einreicht, aber auch die Wendungen deutlich macht. In Kapitel 2.3.3 folgt eine Auseinandersetzung mit den Konzepten Klassenbündnis, Differenz und Äquivalenz. Darauf folgend erörtere ich in Kapitel 2.3.4 die Konzepte Antagonismus, leere und gleitende Signifikanten sowie Heterogenität. Zudem wird dieses Unterkapitel durch einen Exkurs zur Unterscheidung des Realen, des Imaginären und des Symbolischen ergänzt. Denn diese Unterscheidung hilft, das Konzept des Antagonismus sowie die erkenntnistheoretische Perspektive der Hegemonietheorie im Allgemeinen ausdifferenzieren. Im Anschluss daran setze ich mich in Kapitel 2.3.5 mit den grundlegenden Konzepten des Alltagsverständs, der Intellektualität und des Subjekts auseinander, um abschließend in Kapitel 2.3.6 die Logiken der Macht, der Sedimentierung und der Herrschaft herauszustellen.

2.3.1 Artikulation als grundlegende Logik des Sozialen

In allen drei behandelten hegemonietheoretischen Spektren kommt eine grundlegende Logik des Sozialen zum Ausdruck, die auf der »sinngebenden« (signifizierenden) *Verknüpfung* unterschiedlicher Elemente beruht. Diese Verknüpfung schöpft ihre Notwendigkeit aus ihrer grundlegenden Nicht-Notwendigkeit, da erst die *Relationierung* der verknüpften Elemente ihre spezifische »Identität« respektive Bedeutung hervorbringt. Diese Logik der signifizierenden Verknüpfung wird bei Gramsci bspw. ersichtlich, wenn er von der Notwendigkeit der Herstellung eines Klassenbündnisses durch die Überzeugung anderer gesellschaftlicher Gruppen spricht, die nur über Zugeständnisse durch die führende Gruppe erreicht werden kann. Das Klassenbündnis modifiziert damit mehr oder weniger die ursprünglichen Interessen aller an dem Konsens beteiligten Klassen (siehe Kap. 2.2.1 sowie Kap. 2.3.3). Die Logik zeigt sich aber auch bei Althusser, bei dem die unterschiedlichen gesellschaftlichen Instanzen des Überbaus mit der Basis in ein Entsprechungsverhältnis gesetzt werden müssen oder die ideologische Reproduktion der Produktionsbedingungen notwendig ist. Bei Laclau und Mouffe meint die grundlegende Logik der Verknüpfung unter anderem die Notwendigkeit der Herstellung eines vorläufigen Verhältnisses von Differenzen mittels der Produktion partieller Äquivalenz durch Ausschluss (Antagonismus). Das heißt, soziale Wirklichkeit wird in allen drei Spektren relational und differenziell hervorgebracht. Diese Relationalität und Differenzialität ist der zentrale Bestandteil der Kämpfe um soziale Ordnung und *Artikulation* ist das grundlegende theoretische Konzept, das diese Logik der Verknüpfung und Differenzierung zusammenfasst. Artikulation stellt damit das zentrale Element der drei Spektren dar und

alle drei können als artikulationstheoretische Sozial- und Gesellschaftsverständnisse betrachtet werden (siehe Kap. 2.4.2).

Dem Artikulationsbegriff kommt hierbei entgegen seiner gewohnten Bedeutungsweise im Deutschen eine doppelte Bedeutung zu. Stuart Hall (2004b, S. 65) veranschaulicht diese, indem er auf die zweifache Verwendungsweise des englischen Begriffs *to articulate* verweist. Einerseits bedeutet Artikulation hier wie im Deutschen auch, etwas zur Sprache bzw. zum Ausdruck zu bringen. Andererseits referiert der Ausdruck auf das Verknüpfen von zwei eigenständigen Elementen, wie etwa das Verknüpfen eines Lastwagens mit einem Anhänger. Die Relation der beiden stellt eine nicht notwendige, vorübergehende Verbindung (Artikulation als Komplex) von zwei eigenständigen, nicht per se zusammengehörenden Elementen dar, die über die Praxis des Verknüpfens (Artikulieren als Konstruktionsform) zusammengefügt werden: »Eine Artikulation ist demzufolge eine Verknüpfungsform, die unter bestimmten Umständen aus zwei verschiedenen Elementen eine Einheit herstellen kann. Es ist eine Verbindung, die nicht für alle Zeiten notwendig, determiniert, absolut oder wesentlich ist« (ebd.; Herv. i. Orig.). Artikulation eignet sich damit als grundlegendes Konzept der Hegemonietheorie, das die radikale Kontingenz sozialer Phänomene begrifflich und theoretisch verbürgt. Dabei wird Artikulation einerseits als kontingenztheoretischer »Name eines gegebenen relationalen Komplexes« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 127), wie etwa einer Gesellschaftsformation, verwendet. In dieser Verwendung bezeichnet der Begriff die »spezifische Form, die ein System von Beziehungen zwischen heterogenen Elementen einnimmt« (Laclau, 1981, S. 207). Andererseits und vorrangig stellt Artikulation jedoch die Praktik »eine[r] politische[n] Konstruktion von ungleichen Elementen« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 123; Herv. i. Orig.)¹² zu einem wechselseitigen Entsprechungsverhältnis dar. In letzterem Sinne ist Artikulation eine Praxis der Relationierung und Verknüpfung »verschiedener, unterschiedlicher Elemente, die in sehr unterschiedlicher Weise reartikuliert werden können, weil sie keine notwendige ›Zugehörigkeit‹ haben« (Hall, 2004b, S. 65). In dieser Einstellung stellen Artikulationen nicht-notwendige Formen der Verknüpfung komplex und differenziell aufeinander bezogener, ideologischer Elemente mit den spezifischen materiellen Bedingungen dar, deren Funktion und Notwendigkeit darin besteht, »der Welt einen Sinn [zu] geben« (Hall, 2008d, S. 124). Jede soziale Praxis (vom Zähneputzen bis zum Grenzschutz) ist damit eine artikulatorische Praxis, da sie auf *keinen* festen Fundamenten beruht.¹³ Ihre

12 »Politisch« bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass die Konstruktion durch die Politik hervorgebracht wird, sondern vielmehr, dass keine Notwendigkeit für die eine oder andere Konstruktion besteht. Die Praxis der Konstruktion ist in diesem Sinne politisch, weil sie eine Entscheidung zwischen unterschiedlichen Alternativen der Konstruktion darstellt und damit nicht-notwendig und machtvoll ist (Laclau, 1999, S. 114–125).

13 Die Aneinanderreihung von Zähneputzen und Grenzschutz dient freilich nur als stilistisches Mittel, das durch den eindeutigen Kontrast die Banalität und Alltäglichkeit von Artikulation hervorheben, in keiner Weise aber die Macht- und Gewaltförmigkeit von Praktiken des Grenzschutzes bagatellisieren soll. Bezüglich des banalen Beispiels der Praxis des Zähneputzens ist mir zwar leider keine kulturhistorische Untersuchung bekannt. Aber man denke bloß an die historische Transformation der bürgerlichen Konzepte vom dreimaligen zum zwei- oder einmaligen Zähneputzen pro Tag, von der Art und Weise der angemessenen Führung der Zahnbürste, von den Vorzügen der elektrischen oder Handzahnbürste sowie vom notwendigen Nutzen von Zahnseide, *Interdental Sticks* etc. All diese Änderungen und Auseinandersetzungen mit der Praxis des Zähneputzens

vermeintliche Notwendigkeit muss sie vielmehr immer wieder von Neuem konstruieren. Daher beruht jede soziale Praxis laut Laclau und Mouffe (2012, S. 151; Herv. i. Orig.) auf der Notwendigkeit, Knotenpunkte auf dem Feld der Überdeterminierung herzustellen, »die Bedeutung teilweise fixieren.«

Diese Notwendigkeit permanenter (Re-)Artikulationen verweist – wie oben dargestellt – auf die radikale Kontingenz des Sozialen, darf aber nicht als Beliebigkeit im Sinne eines *anything goes* missverstanden werden. Denn wie Stuart Hall mit Nachdruck betont, ist in einem hegemonietheoretischen Artikulationsverständnis »nicht alles potenziell mit allem artikulierbar« (Hall, 2004b, S. 71). Und es ist höchst bedeutsam, »die Frage der historischen Kräfte, die die Gegenwart produziert haben und die nach wie vor als Schranken und Determinanten einer diskursiven Artikulation fungieren« (ebd., S. 73), beim Nachdenken über Artikulation rigoros zu berücksichtigen (siehe hierzu auch das Element der Sedimentierung in Kap. 2.3.6). Hall hebt damit die Bedeutung einer historisierenden und kontextualisierenden Perspektive auf Artikulation hervor, die die Nicht-Notwendigkeit von Artikulationen ausschließlich im Rahmen der *sozial ungleichen* Begrenzungen und Ermöglichungen durch die spezifischen, historisch verfestigten Formen des Sozialen konzeptualisiert. Artikulation ist folglich keine beliebige Verknüpfung nicht-notwendig zusammengehörender Elemente. Die Möglichkeit spezifischer Artikulationen ist vielmehr stets kontextspezifisch durch die jeweils gegebenen und historisch gewachsenen *begrenzten* Möglichkeiten eines sozialen Feldes und der Positionen in diesem Feld vorstrukturiert (Laclau, 1999, S. 117).

Der Artikulationsbegriff – in seiner doppelten Verwendung für einen relationalen Komplex und für soziale Praxis – bringt damit in gewisser Weise, wie Hall (2010a, S. 39f.) insbesondere mit Bezug auf Althusser ausführt, eine »doppelte Artikulation zwischen ›Struktur‹ und ›Praxis‹« (ebd., S. 39) zum Ausdruck. Der Begriff der doppelten Artikulation verweist dabei auf die *rekursive* Hervorbringung von sozialen Ordnungen (als relationale Komplexe) durch Praxen sowie von Praxen durch soziale Ordnungen. Dies bedeutet, wie Hall (ebd., S. 40) herausstellt,

»dass die Struktur – die gegebenen Existenzbedingungen, die Struktur der Determinierung in jeder Situation –, von einem anderen Gesichtspunkt aus, ebenfalls schlichtweg als das Resultat früherer Praxen verstanden werden kann. Wir können sagen, dass eine Struktur das ist, was frühere strukturierte Praxen als Resultat produziert haben. Diese stellen dann die ›gegebenen Bedingungen‹ dar, den notwendigen Ausgangspunkt für neue Praxen. Keinesfalls sollte ›Praxis‹ als offenkundig intentional behandelt werden: Wir machen die Geschichte, aber auf der Grundlage vorgegebener Bedingungen, die nicht von uns gemacht sind. Praxis ist die Art und Weise wie eine Struktur aktiv reproduziert wird.«

Der Artikulationsbegriff bringt folglich eine *rekursive Logik* zwischen den vorherrschenden Bedingungen und den sozialen Praxen respektive noch der kleinsten und unbedeu-

wurden vermutlich nicht nur mir über die Medien, den Besuch der »Zahnprophylaxe« in der Schule und vor allem beim Besuch von Zahnärzt*innen vermittelt und kennzeichnen auch die vermeintlich private Praxis des Zähneputzens als eine soziale Praxis, die in ihrer Spezifik auf keinerlei Notwendigkeit beruht.

tendsten sozialen Praktik (etwa Zähneputzen) zum Ausdruck. Wobei Rekursivität hierbei weder ein lineares Entsprechungs- bzw. Determinierungsverhältnis noch Beliebigkeit und Willkür bedeutet, sondern sich auf ein wechselseitiges Entsprechungsverhältnis der relativen Autonomie und Überdeterminierung bezieht (siehe Kap. 2.2.2). Auch aus diesem Grund werden Hall zufolge sowohl der Begriff der Struktur¹⁴ als auch der Begriff der Praxis als explanative Konstrukte benötigt – zumindest »falls wir die Falle vermeiden wollen, Geschichte als nichts anderes zu verstehen, als das Ergebnis einer selbstgenügsamen strukturalistischen Maschine« (ebd.). Die Einführung des Artikulationsbegriffs kann als Versuch gelesen werden, soziale Wirklichkeit weder strukturdeterministisch zu beschreiben noch den beliebigen Intentionen der Individuen zuzurechnen. Im Gegensatz ermöglicht der Artikulationsbegriff ein komplexes Denken der rekursiven Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, in dem sowohl Autonomie als auch Heteronomie (komplex aufeinander bezogen) stets präsent sind.

2.3.2 Ideologie, Materialität und Diskursivität

Für eine sozialtheoretische Beschäftigung mit Gesellschaft ist allgemein die Frage nach dem Verhältnis von Ideologischem und Materiellem grundlegend. Dies ist auch für hegemonie- respektive artikulationstheoretische Zugänge bedeutsam, die – wie oben dargestellt – das Verhältnis zwischen beiden nicht einseitig auflösen, sondern nach theoretisch-begrifflichen Möglichkeiten einer rekursiven Artikulation der beiden suchen. Bei Laclau und Mouffe führt das schließlich zu einer diskurstheoretischen Übersetzung der Hegemonietheorie, in der Diskursivität zum grundlegenden Terrain der symbolischen Artikulation von Ideellem und Materiellem wird. Im Folgenden gehe ich den artikulationstheoretischen Bedeutungsgebungen der drei Elemente bei Gramsci, Althusser sowie Laclau und Mouffe nach, sodass ein Arbeitsverständnis von Ideologie, Materialität und Diskursivität für die vorliegende Arbeit deutlich wird.

Gramsci unternimmt bspw. den Versuch, eine Abgrenzung von den ökonomiedeterministischen Ansätzen innerhalb des marxistischen Horizonts seiner Zeit darüber vorzunehmen, dass er in die – für diese Positionen klassische – Unterscheidung zwischen Basis und Überbau (bei ihm: Struktur und Superstrukturen) eine Wechselhaftigkeit zwischen ökonomischer (materieller) Struktur und politischer (ideologischer) Superstruktur einschreibt (siehe Kap. 2.2.1). Gramsci (2012, S. 1568) betont dabei mit Bezug auf Engels nachdrücklich, »daß die Ökonomie erst ›in letzter Instanz‹ die Triebfeder der Geschichte ist« und »daß die Menschen sich der Konflikte, die in der ökonomischen Welt auftreten, auf dem Terrain der Ideologien bewußt werden.« Den Superstrukturen und der Praktik der ideologischen Überzeugung weist er hierbei eine annähernd

14 Ich ziehe in der vorliegenden Arbeit den Kontextbegriff der Rede über »Strukturen« vor, da auf diese Weise die Textualität/Rhetorizität sozialer Wirklichkeit besser zum Ausdruck gebracht wird (siehe Kap. 3.4.1). Die Rede von Strukturen in der Mehrzahl respektive von strukturellen Dominanten gebe ich aber trotzdem nicht vollständig auf, da auch in einem durch den Kontextbegriff modifizierten Sprechen über soziale Wirklichkeit die Rede von strukturellen (Kontext-)Bedingungen meines Erachtens durchaus Sinn macht.

gleichwertige materialisierende Kraft zu wie den ökonomischen, materiellen Gegebenheiten und verdeutlicht, dass diese wechselseitig (rekursiv) Einfluss aufeinander ausüben (ebd., S. 876). Genau darin begründet sich der bereits erwähnte kulturelle Wandel in Gramscis Hegemonietheorie. Im Rahmen dieses *cultural turns* werden Ideologien zum »innersten Zement« (ebd., S. 1313) der Zivilgesellschaft erklärt. Ideologie versteht Gramsci hierbei als »eine bestimmte Weltauffassung« (ebd., S. 1375) und geht in diesem Kontext davon aus, dass *jeder* materiellen Praxis eine bestimmte Weltauffassung inhärent ist. Denn Ideologien vermitteln den Zugang »in die bewußte Welt« (ebd.). Auch deshalb nehmen sie in der hegemonialen Überzeugungsarbeit eine organisierende und vereinheitlichende Funktion ein, indem sie die Art bestimmen, wie »eine Masse von Menschen dahin gebracht wird, die reale Gegenwart kohärent und auf einheitliche Weise zu denken« (ebd., S. 1377). Die Frage danach, wie bestimmte Ideologien organisch in den Alltagsverstand (siehe Kap. 2.3.5) der Menschen übergehen, bezieht sich für Gramsci infolgedessen auf »eine ›philosophische‹ Tatsache, die viel wichtiger und ›origineller‹ ist, als wenn ein philosophisches ›Genie‹ eine neue Wahrheit entdeckt, die Erbhof kleiner Intellektuellengruppen bleibt« (Gramsci, 2012, S. 1377).

Die Hervorhebung der Bedeutung von Ideologien für die Zementierung sozialer Verhältnisse bedeutet für Gramsci aber nicht, dass jeder Ideologie eine historische Wirksamkeit zukommt. Seinem hegemonietheoretischen Verständnis folgend unterscheidet er vielmehr zwischen »historisch organischen Ideologien« (ebd.) und »willkürlichen, rationalistischen, ›gewollten‹ Ideologien« (ebd.). *Historisch organische Ideologien* sind ihm zufolge diejenigen, die in das Selbstverständliche, das Gewöhnliche einer Mehrheit von Menschen Eingang gefunden haben. Sie sind demnach hegemonial und werden erst gar nicht als Ideologien wahrgenommen, obwohl sie »notwendig [...] für eine bestimmte Struktur« (ebd.) sind und deshalb als notwendig ausgewiesen werden müssen. Organische Ideologien schaffen es, das Denken und Handeln eines Großteils von Menschen in einem bestimmten Kontext zu strukturieren und dadurch die Wirklichkeit dieses sozialen Zusammenhangs in einer bestimmten Weise (mit-)hervorzubringen und zu stützen. Im Gegensatz dazu kommt *nicht-organischen Ideologien* keine größere soziale Wirksamkeit zu. Diese werden aus Sicht einer hegemonialen Struktur explizit als »Ideologien« bezeichnet bzw. diskreditiert, erscheinen im Lichte der hegemonialen Verhältnisse als lediglich »willkürliche(.) Hirngespinnste.« (ebd., S. 875) und »bringen [...] nichts hervor als individuelle, polemische ›Bewegungen‹ usw.« (ebd., S. 876). Mit dieser Unterscheidung zwischen organischen und nicht-organischen Ideologien betont Gramsci die Bedeutung gewohnter, selbstverständlicher Ideologien (organisch) für die Aufrechterhaltung eines hegemonialen Kräfteverhältnisses, und hebt damit insbesondere auch die allgemeine Bedeutung der Kritik Letzterer hervor. Das Verhältnis von materiellen Bedingungen und organischen Ideologien führt ihn schließlich zu der Annahme, dass »die materiellen Kräfte der Inhalt sind und die Ideologien die Form, eine rein didaktische Unterscheidung von Form und Inhalt, weil die materiellen Kräfte historisch nicht begreifbar wären ohne die Form, und die Ideologien individuelle Schrullen wären ohne die materiellen Kräfte« (ebd., S. 876f.).

Während Althusser von Gramsci das rekursive Verhältnis zwischen der relativ autonomen Basis und den relativ autonomen Überbauten in einer leicht modifizierten Theoriesprache und mit geringen Bedeutungsunterschieden übernimmt, wenden Laclau und

Mouffe (2012) dieses Verständnis der notwendig-rekursiven Artikulation von Materiellem und Ideellem diskurstheoretisch. In ihrer Übersetzung der Überlegungen Gramscis und Althusers in den diskurstheoretischen Horizont ersetzen sie die topografische Unterscheidung zwischen Basis und Überbau, die letztlich die ökonomische Basis privilegiert, durch das »Feld der Diskursivität« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 149; Herv. i. Orig.). Auf diesem Feld des Diskursiven, das sie mit dem Sozialen gleichsetzen (Laclau, 1981, S. 176), sind das Materielle und das Ideologische über spezifische symbolische Diskurse immer schon miteinander artikuliert. Diskurse vermögen es hierbei, das freie Flottieren von Bedeutungen auf dem Feld des Diskursiven vorläufig zu fixieren, sodass soziale Wirklichkeit eine »sinnvolle«, also intelligible Ordnung erhält (Näheres zum Diskursverständnis von Laclau und Mouffe findet sich im Exkurs unten). Mit diesem theoretischen »Manöver« vollziehen sie den bei Gramsci und Althusser mit der Stärkung des Ideologischen bereits angelegten paradigmatischen Wandel von einer Ontologie des Seins zu einer Ontologie der Bedeutungsproduktion (Marchart, 2010, S. 218), über die Sozialität erst ermöglicht wird.

Mit der Betonung des diskursiven Charakters des Sozialen verweisen Laclau und Mouffe zum einen darauf, »dass jede soziale Konfiguration bedeutungsvoll ist« (Laclau & Mouffe, 1990, S. 100; eigene Übersetzung). Zum anderen heben sie hervor, dass Bedeutung nicht bereits in den Dingen vorhanden ist, sondern erst im Rahmen eines spezifischen, diskursiv artikulierten Zusammenhangs (Diskurs) fixiert wird. Ein solcher Diskurs wiederum fasst unterschiedliche materielle und ideelle Elemente auf dem überdeterminierten Terrain des Diskursiven zu einer vorläufigen Einheit, die soziales Geschehen durch kontingente Bedeutungsproduktion ermöglicht und hervorbringt. Dieses materielle Diskursverständnis versuchen die beiden in seiner rudimentären Bedeutung in folgendem Beispiel zu veranschaulichen:

»If I kick a spherical object in the street or if I kick a ball in a football match, the physical fact is the same, but its meaning is different. The object is a football only to the extent that it establishes a system of relations with other objects, and these relations are not given by the mere referential materiality of the objects, but are, rather, socially constructed. This systematic set of relations is what we call discourse« (ebd., S. 100).

Der Diskurs bringt nicht die *Existenz* materieller Objekte hervor. Aber es ist das Feld der Diskursivität, auf dem die unterschiedlichen materiellen und ideologischen Elemente symbolisch repräsentiert und miteinander verknüpft und relationiert werden, sodass sie eine spezifische Bedeutung erhalten, die sie nicht aus sich selbst heraus generieren können.

Ein diskursives Verständnis sozialer Wirklichkeit eliminiert nicht die Existenz einer materiellen Welt außerhalb von Signifikation (ebd., S. 105). Vielmehr versucht die diskursive Hegemonietheorie das komplexe Verhältnis zwischen dem Ideellen und dem Materiellen jenseits der Dichotomie von Basis und Überbau als symbolische Repräsentation zu konzipieren. Es ist eine Variante darüber nachzudenken, wie das Ideelle dem Materiellen einen imaginären, intelligiblen Sinn für die Subjekte verleiht und die Subjekte dadurch erst handlungsfähig macht (Hall, 2012a, S. 151f.), nur, dass in einem diskurstheoretischen Zugang das Symbolische auch dem Ideellen als Terrain sedimentierter Be-

deutungen vorausgeht und nicht vollständig unabhängig von der materiellen Wirklichkeit vorliegt. Soziale Wirklichkeit als diskursiv zu verstehen ist demnach

»weit davon entfernt, bloße Rede zu signalisieren, als ob es besagen sollte, dass wir es nur mit Sprache zu tun haben, suggeriert ebengerade das Zusammenbrechen der Unterscheidung der beiden Ebenen von ›reinen Ideen‹ und ›roher Praxis‹ zugunsten der Behauptung, dass alle menschlichen sozialen und kulturellen Praxisvollzüge stets beides, das heißt stets *diskursive Praktiken* sind« (Hall, 2018, S. 69; Herv. i. Orig.).

Unter Diskurs wird folglich »kein Set textueller Feuerwerke« (ebd., S. 55) verstanden, »sondern vielmehr die generelle Auffassung des menschlichen Verhaltens als etwas stets Bedeutungsvolles« (ebd.) bzw. – anders ausgedrückt – als etwas symbolisch Vermitteltes. Wenn soziale Wirklichkeit als diskursiv gedacht werden soll, »dann sollten wir«, so Hall (ebd.) weiter,

»Diskurs als dasjenige begreifen, was menschlichen Praktiken und Institutionen Bedeutung verleiht, was uns dazu fähig macht, die Welt zu verstehen, und folglich als das, was menschliche Praktiken zu bedeutungsvollen Praktiken macht, die genau deshalb geschichtlicher Natur sind, weil sie auf jene Weise signifizieren, auf die sie auch menschliche Differenzen markieren.«

Exkurs: Zum Diskursverständnis bei Laclau und Mouffe

Das Besondere an der diskurstheoretischen Übersetzung der Hegemonietheorie durch Laclau und Mouffe (2012) ist, dass sie das Soziale mit dem Diskursiven gleichsetzen. Dies bedeutet letztlich, das Diskursive nicht »als eine Ebene oder eine Dimension des Sozialen aufzufassen, sondern als gleichbedeutend mit dem Sozialen als solchem« (Laclau, 1981, S. 176). Das Feld des Diskursiven stellt für die beiden das Terrain der *Verstreuung* einer Vielzahl loser, frei flottierender Bedeutungen dar. In Diskursen werden diese Bedeutungen vorläufig zu einem Signifikationssystem geschlossen, wodurch soziale Wirklichkeit und Praxis erst möglich und somit bedeutungsvoll werden. Dieses vorläufige Fixieren funktioniert über *Regelmäßigkeiten*, die sich in der Verstreuung der losen Bedeutungen ausbilden. Diskurse stellen in dieser Betrachtung machtvolle Verdichtungen dar, die das Fließen von Bedeutungen auf dem Terrain des Diskursiven allerdings nie endgültig fixieren können.

Dieses diskurstheoretische Verständnis des Sozialen basiert grundlegend auf dem Diskursbegriff von Michel Foucault (1981 [1968]; 1991 [1971]; siehe überblicksartig Bublitz, 2003; Mills, 2007). Im Gegensatz zur Reduktion des Diskursbegriffs auf den »rationalen Austausch von Argumenten« (Parr, 2020, S. 274) in den dominierenden deutschsprachigen Verwendungsweisen, hebt der Begriff im Französischen auf die »Rede: im weitesten Sinne« ab (ebd.). Innerhalb dieser sehr allgemeinen Bedeutung ist die Verwendung des Diskursbegriffs in Foucaults Werk jedoch keineswegs einheitlich (Mills, 2007, S. 1). So stellt Foucault (1981) in seinem Werk *Archäologie des Wissens* drei Verwendungsweisen seines Diskursbegriffs heraus: »einmal allgemeines Gebiet aller Aussagen, dann in-

individualisierbare Gruppe von Aussagen, schließlich regulierte Praxis, die von einer bestimmten Zahl von Aussagen berichtet.« Die erste Verwendungsweise als allgemeines Gebiet aller Aussagen kommt dem Verständnis des *Diskursiven* (nicht von Diskursen) bei Laclau und Mouffe sehr nahe. Diskurse als individualisierbare Gruppe von Aussagen zu verstehen bezieht sich auf die Regelmäßigkeit von Aussagen über einen Gegenstand, zu dem es allerdings eine Reihe weiterer individualisierbarer Gruppen von Aussagen, also Diskurse, gibt, die sich – nicht nur gelegentlich – auch widersprechen können. Die dritte Verwendungsweise bezeichnet schlussendlich eine Praxis, also auch eine Regelmäßigkeit von Aussagen, die als Bedingungen die Möglichkeiten und Grenzen für neue Aussagen darstellen. Die beiden letztgenannten Bestimmungen des Diskursbegriffs hängen eng miteinander zusammen und »beziehen sich [...] auf je spezielle Wissensausschnitte, wobei Diskurs immer nur die sprachliche Seite einer weiterreichenden diskursiven Praxis, also ein ganzes Ensemble von Verfahren der Wissensproduktion meint, das seine Gegenstände allererst hervorbringt, sie konstituiert« (Parr, 2020, S. 274). Diese beiden Verwendungsweisen entsprechen dabei eher dem, was Laclau und Mouffe unter *Diskurs* verstehen, davon abgesehen, dass sie ihr Verständnis des Diskursiven und von Diskursen eindeutiger als Foucault (Parr, 2020, S. 276f.) auf *alles* im Sozialen ausweiten und in diesem Kontext als sowohl bedeutungsvermittelt als auch bedeutungsproduzierend, also als artikuliert und artikulierend, beschreiben: »Auch soziale Handlungen (wie Gesten, Riten oder Etikette) oder Errungenschaften (z.B. Technik, Institutionen, Mode oder Architektur), eben alles, was für Menschen in ihrem Denken Bedeutung und Sinn erschafft, werden Diskursen zugerechnet« (Sievi, 2017, S. 167).

Dieses weite Diskursverständnis ist aus analytischer Perspektive nicht immer befriedigend, denn der Diskursbegriff ist im »vorherrschenden Diskurs« auch sehr stark mit dem Begriff der Rede konnotiert und weniger mit materiellen Gegenständen und Praktiken. Das Sprechen vom »medialem Diskurs« im Sinne der vorherrschenden »medialen Rede« scheint dann an analytischer Präzision zu verlieren. Gleichzeitig ist aber auch eine klare Trennung zwischen Diskursivem und Nicht-Diskursivem schwierig. Denn was ist etwa ein abfälliger Blick oder die Errichtung meterhoher, mit Stacheldraht versehener Zäune, wenn nicht auch immer zu einem gewissen Anteil »Rede« im allerweitesten Sinne eines »relationalen Sinnzusammenhang[s]« (Reckwitz, 2011, S. 303)? Im Rahmen der vorliegenden Arbeit löse ich diese Unklarheit in meiner Begriffsverwendung nicht vollständig auf und nutze den Begriff Diskurs in seiner weiten und vielseitigen Gebrauchsweise, wie er mit Bezug auf Laclau und Mouffe verwendet wird.

2.3.3 Klassenbündnis, Differenz und Äquivalenz

Um das überdeterminierte Verhältnis zwischen Diskursivität und Diskurs weiter auszudifferenzieren und einer tiefergehenden Diskussion zugänglich zu machen, arbeite ich im Folgenden weitere Elemente heraus, die eine artikulationstheoretische Fassung der Un_Bestimmtheit des Sozialen ermöglichen. Im Konkreten geht es hierbei um die Logiken der Differenz und der Äquivalenz als grundlegende Bestandteile einer diskursiven Totalität. Um diese besser nachvollziehen zu können, macht es Sinn, zuerst zu den we-

sentlich konkreteren Analysen und Theoretisierungen Gramscis und hier insbesondere zur Kategorie des Klassenbündnis zurückzukehren. Denn, was bei Laclau und Mouffe (2012, S. 178) eine »Diskursformation« bzw. – unter den noch zu spezifizierenden Umständen eines antagonistischen Verhältnisses (siehe Kap. 2.3.4) – eine »hegemoniale Formation« (ebd.; Herv. i. Orig.) darstellt, bezeichnet Gramsci als einen »geschichtlichen Block« (siehe etwa Gramsci, 2012, S. 1045). Zentral für die Konstituierung eines derartigen geschichtlichen Blocks des Zusammenwirkens von Struktur und Superstrukturen ist die Herstellung von Hegemonie und Konsens, also eines Klassenbündnisses, das den »Zustand ›völliger sozialer Autorität‹« (Hall, 2008d, S. 121) bewirken kann (siehe Kap. 2.2.1).

Ein hegemoniales Klassenbündnis stellt für Gramsci (2012, S. 1560) ein politisches Kräfteverhältnis dar, das auf der Herstellung eines »Kollektivwillens« (ebd., S. 1050) beruht, der von einem universalen Kollektivbewusstsein getragen wird. Als politisches Kräfteverhältnis vermittelt das Kollektivbewusstsein zwischen den materiellen Kräfteverhältnissen (Entwicklung der Produktivkräfte und militärisches Kräfteverhältnis) und ist folglich vor allem im Bereich der politischen und ideologischen Superstrukturen angesiedelt. Das politische Kräfteverhältnis gibt Auskunft über den Grad »an Homogenität, Selbstbewusstsein und Organisation, den die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen erreicht haben« (ebd.). Die Herstellung eines hegemonialen Klassenbündnisses beruht nun auf der Universalisierung der partikularen Interessen einer Klasse, sodass sich auch andere Klassen darin repräsentiert finden. Dabei unterscheidet Gramsci (2012, S. 1560f.) bei der prozessualen Herausbildung eines Klassenbündnisses

- (1) eine korporativ-ökonomische Ebene des Kollektivbewusstseins, bei dem ein Bewusstsein der Solidarität innerhalb einzelner Berufsgruppen (etwa Händler*innen) einzelner Sektoren einer gesellschaftlichen Gruppe besteht, und
- (2) ein »Bewusstsein der Interessensolidarität« (ebd.), das alle Mitglieder einer gesellschaftlichen Gruppe einschließt (also bspw. Händler*innen und Fabrikant*innen), und schließlich
- (3) den Bewusstseinsstand, in dem »die eigenen korporativen Interessen in ihrer gegenwärtigen und künftigen Entwicklung den korporativen Umkreis, den einer bloß ökonomischen Gruppe, überschreiten und zu Interessen anderer untergeordneter Gruppen werden können und müssen.«

Letzteres ist der Moment, in dem das Kollektivbewusstsein in Richtung eines universalen Klassenbündnis strebt, wie im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt.

»Dies ist die Phase, in der die zuvor aufgekeimten Ideologien ›Partei‹ werden, zur Konfrontation kommen und in den Kampf eintreten, bis eine einzige von ihnen oder zumindest eine einzige Kombination derselben dazu tendiert, das Übergewicht zu erlangen, sich durchzusetzen, sich über den gesamten gesellschaftlichen Bereich zu verbreiten, wobei sie über die Einheitlichkeit der ökonomischen und politischen Ziele hinaus auch die intellektuelle und moralische Einheit bewirkt, alle Fragen, um die der Kampf entbrannt ist, nicht auf die korporative, sondern auf eine ›universale‹ Ebene stellt und

so die Hegemonie einer grundlegenden gesellschaftlichen Gruppe über eine Reihe untergeordneter Gruppen herstellt.« (ebd., S. 1561)

In diesem Status geht es darum, den übergeordneten Status einer Gruppe zu behaupten, indem die eigenen Interessen als universal ausgegeben und mit »den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen abgestimmt« (ebd.) werden.

Ein Klassenbündnis nach Gramsci konstituiert sich in dieser Betrachtung über die Universalisierung der partikularen Interessen einer gesellschaftlichen Klasse, in der die partikularen Interessen der hegemonialen Klasse als universelle Interessen artikuliert werden. Dies funktioniert aber nicht, ohne auch Zugeständnisse in Bezug auf die Interessen der untergeordneten Gruppen zu machen. Damit modifizieren sich im Prozess der Universalisierung sowohl die Interessen der untergeordneten Gruppen als auch diejenigen der hegemonialen Gruppe. Diese Logik der Zusammenfassung von unterschiedlichen Interessen zu einem gemeinsamen, universalen Interesse übersetzen Laclau und Mouffe (2012, S. 144–148) in ihrem Theoriegebäude in eine allgemeine Logik von Differenz und Äquivalenz, um sie so von ihrer letztlich ökonomistischen Klassenfundierung zu lösen. Und wenn nun keine privilegierte ökonomische Basis mehr angenommen wird, es also kein wesenhaftes Fundament des Sozialen gibt, dann kann weder die rohe Materialität der Natur noch ein einzelnes ideelles Element Bedeutung, also soziales Sein, aus sich selbst heraus stiften. Mit dem Verweis auf die Sprechakttheorie und die Performativität der Sprache bei Derrida sowie auf die Theorie der Sprachspiele von Wittgenstein, die Psychoanalyse Freuds, die Erkenntnistheorie Nietzsches oder Heideggers und den Strukturalismus nach Saussure heben Laclau und Mouffe stattdessen auf die differenzielle Relationalität eines jeden Seins ab: Jedes materielle wie ideelle Element erhält seine Bedeutung erst in der Differenz zu anderen Elementen. Diese Differenz beruht aber nicht auf einer bereits bestehenden Identität, vielmehr stellt die spezifische Artikulation der Elemente die Identität jedes Elements erst her bzw. – unter der Annahme, dass Bedeutung in sedimentierter Form bereits vorliegt – transformiert diese. Die *Elemente* werden so zu spezifischen *Momenten* innerhalb einer Diskursformation, wobei bedeutsam ist, dass eine derartige Diskursformation ihrerseits eine *partielle* Äquivalenz zwischen den differenten Momenten herstellen muss, um sich als eine strukturierte Totalität auf dem Feld des Diskursiven schließen und die differenziellen Momente zusammenhalten zu können (ebd., S. 141–152). Soziale Wirklichkeit kann in dieser Perspektive nur als kontingente Relationierung von materiellen und ideellen Elementen zu einem Set *differenzieller* Momente verstanden werden, die auf keinem festen Fundament gründen (Laclau & Mouffe, 2012, S. 144–152 & 1990, S. 105–109). Die Praxis dieser Artikulation »als Fixierung/Verlagerung eines Systems von Differenzen« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 146) kann »nicht bloß aus rein sprachlichen Phänomenen bestehen [...]; sie muß vielmehr die gesamte materielle Dichte der mannigfaltigen Institutionen, Rituale und Praxen durchdringen, durch die eine Diskursformation strukturiert wird« (ebd.).

Diskurs wird hier als eine strukturierte Totalität präzisiert, die ein komplexes Differenzverhältnis etabliert, das sich notwendigerweise durch partielle Äquivalenz auszeichnet sowie durch partielle Äquivalenz kontaminiert und subvertiert wird. Dieses Differenzverhältnis vermag es, die Offenheit des Sozialen durch die Etablierung einer symbolischen Ordnung zu schließen. Bedeutsam ist allerdings, dass »weder absolute Fixiert-

heit noch absolute Nicht-Fixiertheit möglich« ist (ebd., S. 149). Zudem gibt es selten nur den einen Diskurs, sondern eigentlich immer mehrere sich widersprechende Diskurse. Da in einer diskursiven Totalität unterschiedliche materielle und ideelle Elemente zu einem Ensemble differenzieller, *momentaner* Positionen angeordnet werden, die dadurch und nur in dieser Differenzbeziehung ihre spezifische Bedeutung erlangen, können die Elemente nie gänzlich mit sich selbst vereint werden. Im Gegenteil bleibt ihre jeweils differenzielle Bedeutung stets abhängig von den anderen Momenten der jeweiligen Diskursformation, sodass immer ein Bedeutungsüberschuss bleibt. Dieser Überschuss konstituiert das Feld der Diskursivität und verhindert sowohl die endgültige Fixierung als auch die dauerhafte Dominanz einer einzigen Diskursformation (ebd., S. 148f.). Ausgerechnet diese Unmöglichkeit der endgültigen Fixierung von Bedeutung durch das Feld der Überdeterminierung hat allerdings zur Folge, dass die kontingente Fixierung von Bedeutung durch eine Vielzahl an, sich auch widersprechenden, Diskursen notwendig wird. Denn in einem Feld ausschließlichen Bedeutungsüberschusses würde das Soziale schlussendlich bedeutungslos bleiben. Deshalb konstituiert sich jeder Diskurs »als Versuch, das Feld der Diskursivität zu beherrschen, das Fließen der Differenzen aufzuhalten, ein Zentrum zu konstruieren« (ebd., S. 150). Diskurse stellen demnach vorübergehende und begrenzte Versuche der Fixierung des Sozialen dar, in denen sich privilegierte Punkte, sogenannte »Knotenpunkte« (ebd.; Herv. i. Orig.), etablieren, die das Soziale zumindest vorläufig und partiell zu zähmen vermögen.

Die Logik von Differenz und Äquivalenz wirkt auf den ersten Blick sehr logizistisch. Es ist aber bedeutsam, dass diese bei Laclau und Mouffe (2012, S. 142) keine mathematische Kohärenz in das Verständnis von Diskursformationen einschreibt. Bereits bei Gramsci geht die Formierung eines Klassenbündnisses oder eines historischen Blocks (Äquivalenz) mit der Artikulation der Interessen anderer ökonomischer Gruppen (Differenzen) einher, die sich nicht einfach unterordnen, sondern nur durch nicht-notwendige Zugeständnisse in ein Klassenbündnis eingefügt werden können. Auch eine diskursive Formation weist demzufolge keine Einheitlichkeit auf, die auf einer »logischen Kohärenz ihrer Elemente« (ebd.) basieren würde und soziale Zusammenhänge total strukturieren könnte. Denn da Diskursformationen nicht einheitlich sind, können sie nicht durch die vereinheitlichende Kraft eines transzendentalen oder sinnstiftenden Subjekts oder der Einheitlichkeit von Erfahrung begründet werden. Trotzdem werfen Laclau und Mouffe den Kohärenzgedanken nicht vollständig. Sie weisen Diskursen zumindest eine gewisse Form der Kohärenz zu, sodass sie von Diskurs als »strukturierte Totalität« (ebd., S. 141) sprechen. Einen Diskurs als strukturierte Totalität zu bezeichnen, bedarf für sie einer Kohärenz, die sie (ebd., S. 142; Herv. i. Orig.) in Anlehnung an Foucault (1981, S. 156) in der »Regelmäßigkeit der Verstreuung« anlegen. Dabei betonen sie die Regelmäßigkeit, da es ihnen nicht um eine regelmäßige Verstreuung der artikulierten Elemente rund um einen zentralen Bezugspunkt (etwa: das Zentrum der Macht) geht. Vielmehr markieren sie die Kohärenz eines Diskurses darin, dass er sich nicht um ein Zentrum herum anordnet, sondern auf dem Feld der Verstreuung, dem Feld des Diskursiven, durch eine gewisse *Regelmäßigkeit* diskursiver Praktiken ein »Ensemble differentieller Positionen« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 142) etabliert. Mit der Gleichsetzung von Kohärenz mit *Regelmäßigkeit* denken sie soziale Wirklichkeit *nicht* als Entsprechung einer einfachen Logik von Differenz und Äquivalenz, sondern

als uneinheitliche, widersprüchliche und unabschließbare Totalität, deren bewegliche, kontingente Substantialität durch die Etablierung hegemonialer Knotenpunkte auf einem Feld verstreuter Bedeutungen hervorgebracht wird.

2.3.4 Antagonismus, leere und gleitende Signifikanten, Heterogenität

Die Differenzierungen zwischen der Rekursivität von Materiellem und Ideellem respektive Diskursivität und Diskurs (Kap. 2.3.2) sowie zwischen Klasseninteressen und Klassenbündnis respektive Differenz und Äquivalenz (Kap. 2.3.3) ermöglichen eine erste Annäherung an eine postfundamentalistische Möglichkeit, die vorläufige Bestimmtheit des Sozialen unter Bedingungen der radikalen Unbestimmtheit zu denken. Offen bleibt jedoch die Frage, wie es ohne das Vorliegen eines festen Fundaments gelingt, einen »geschichtlichen Block« (Gramsci), eine »Gesellschaftsformation« (Althusser) bzw. eine »hegemoniale Formation« (Laclau und Mouffe) zu etablieren, wie also ein bestimmtes Klassenbündnis oder auch eine Diskursformation durchgesetzt und stabilisiert wird. Alle drei in diesem Kapitel herausgestellten Spektren heben mit Bezug auf diese Frage – implizit oder explizit – die grundlegende Bedeutung des Konzepts des Antagonismus hervor (siehe zum Konzept z.B. Gramsci, 2012, S. 1352 & 1557). Da der Antagonismusbegriff allerdings weder bei Gramsci noch bei Althusser systematisch ausgearbeitet wird und sich seine Verwendung insbesondere auf die Etablierung einer positiven Feindschaftskonstellation begrenzt, konzentriere ich mich hier vor allem auf die Ausdifferenzierung des Antagonismuskonzepts im Rahmen der diskursiven Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe (2012; siehe auch Laclau, 2014). Im Grunde geht es bei der Bedeutung von Antagonismen weiterhin um die Übersetzung der Einführung eines Klassenbündnisses bei Gramsci in eine diskurstheoretische Logik des Sozialen. Einmal begonnen diese weiter auszudifferenzieren, wird es notwendig noch weitere theoretische Konzepte – hier: leere und gleitende Signifikanten sowie Heterogenität – in den Hegemoniediskurs einzuführen, um nicht bei einer mathematischen Logik der Etablierung eines einfachen, zweigeteilten Raums (Stellungskrieg) stehenzubleiben.

Das Konzept des Antagonismus ist im Rahmen des hegemonietheoretischen Denkens »absolut zentral« (Mouffe, 2016, S. 192). Für Slavoj Žižek (1998a, S. 123) stellt das Konzept, so wie es in *Hegemonie und radikale Demokratie* entwickelt wird, sogar den »radikalsten Durchbruch für die moderne Gesellschaftstheorie« dar, der in den Rezeptionen des Werks jedoch zumeist übersehen werde. In das Konzept des Antagonismus übersetzen Laclau und Mouffe die »radikale Negativität« (Marchart, 2011, S. 39) des Sozialen, die »eine unbedingte Konstitutionsbedingung sozialer Objektivität darstellt« (ebd.). Ihnen zufolge geht das Konzept davon aus, »dass Negativität konstitutiv ist für die Ordnung des Sozialen und niemals überwunden werden kann« (Mouffe, 2016, S. 192). Diese radikale Negativität bzw. Unbestimmtheit jeder sozialen Ordnung verunmögliche, »dass es eine natürlich gegebene Ordnung gibt, die aus objektiv gegebenen Kräften resultiert – seien es die Produktionskräfte, die Gesetze der Geschichte oder die Entwicklung des Geistes« (ebd., S. 194). Denn keine soziale Ordnung kann sich aus sich selbst heraus gründen, vielmehr erfordert die radikale Unbestimmtheit zugleich die negative Konstruktion eines Außen, das es vermag, die Äquivalenz der artikulierten Differenz vorläufig herzustellen. »Ein hegemonialer Diskurs«, so Andreas Reckwitz (2011, S. 305; eigene Herv.), »gewinnt

seine Identität erst über die Abgrenzung von einem Außen, über den »negativistischen« Weg der *Verwerfung* eines radikalen Anderen, der damit zum paradoxen »konstitutiven Außen« avanciert.«

Laclau und Mouffe (2012, S. 161f.; Laclau, 2014) grenzen ihr Verständnis von Antagonismus dabei explizit von den begrifflichen Konzepten der Realopposition und des Widerspruchs ab, die in allgemeineren Konflikttheorien, aber auch in der marxistischen Theorie Verwendung finden.¹⁵ Während eine Realopposition ein Verhältnis zwischen zwei realen, materiellen Objekten darstellt, die positiv voneinander unterschieden werden können (etwa zwei Autos, die, wenn sie zusammenprallen, eine Kraftauswirkung aufeinander ausüben), stellt ein Widerspruch ein Verhältnis zwischen begrifflichen Objekten dar, die in einer Differenz zueinander stehen (die Begriffe der Autonomie und der Heteronomie stehen etwa – rein begriffslogisch – in einem Widerspruchsverhältnis zueinander, weil Autonomie Nicht-Heteronomie und Heteronomie Nicht-Autonomie ist). Beide, Realopposition und Widerspruch, sind »objektive Verhältnisse [...] – Verhältnisse zwischen begrifflichen Objekten im zweiten und zwischen realen Objekten im ersten Fall« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 164; Herv. i. Orig.). Beide Verhältnisse basieren aber nicht notwendigerweise auf einer antagonistischen Relation. Denn in beiden Fällen handelt es sich um vollständig konstituierte Gegenstände: »Im Fall des Widerspruchs ist, weil A *in vollständiger Weise A ist*, das Nicht-A-Sein ein Widerspruch – und daher eine Unmöglichkeit. Im Fall der Realopposition produziert die Beziehung von A zu B deswegen einen objektiv bestimmbaren Effekt, weil A ebenfalls völlig A ist« (ebd.; Herv. i. Orig.).

In beiden Fällen wird »Konflikt« und »Konfliktualität« als objektives, in der empirischen Wirklichkeit existentes Verhältnis herausgestellt. Von dieser empirischen Objektivität unterscheidet sich jedoch genau das Konzept des Antagonismus von Laclau und Mouffe. Im Antagonismuskonzept kumuliert die ontologische Grundannahme, dass soziale Ordnung immer (und nicht nur jede Form eines objektiven Widerspruchsverhältnisses) »auf dem Ausschluss anderer Möglichkeiten [gründet], sie ist immer Ausdruck partikularer Konfigurationen und Machtverhältnisse« (Mouffe, 2016, S. 193). Das Konzept bringt zum Ausdruck, dass alles im Sozialen stets »um eine bestimmte traumatische Unmöglichkeit herum strukturiert ist, um einen bestimmten Riß, der nicht symbolisiert werden kann« (Žižek, 1998a, S. 123). Damit ist auch das verworfene Außen, das zum konstitutiven Außen einer sozialen Ordnung wird, nie ein empirisch gegebenes, wesenhaftes Anderes. Auch steht es nicht notwendigerweise in einem »objektiven« antagonistischen Verhältnis zum Eigenen der sozialen Ordnung. So weist Laclau (2018, S. 149) darauf hin, dass in seiner Perspektive das Verhältnis zwischen Arbeiter*innen und Kapitalist*innen nicht notwendigerweise ein antagonistisches ist, wie dies in der marxistischen Tradition gerne dargestellt wird: »To assert that there is an inherent antagonism because the capitalist extracts surplusvalue from the worker is clearly insufficient,

15 Auch wenn »im Marxismus der grundlegende Charakter von Negativität und Antagonismus durchaus postuliert« (Marchart, 2011, S. 42) wird, sparen sie diesen nicht aus ihrer Kritik aus, da der Antagonismus im Marxismus den »objektiven Entwicklungsgesetzen« unterworfen und damit zugleich dementiert [wird]« (ebd.).

because in order to have antagonism it is necessary that the worker *resists* such extraction« (ebd.; Herv. i. Orig.). Die Differenz zwischen Kapitalist*in und Verkäufer*in von Arbeitskraft alleine stellt also nicht notwendigerweise ein antagonistisches Verhältnis zwischen den beiden Positionen im kapitalistischen Produktionsprozess dar. Sondern dieses Verhältnis wird vielmehr in einer spezifischen Konstellation im Produktionsprozess etabliert (ebd.). In ihrem Werk *Hegemonie und radikale Demokratie* beziehen sich Laclau und Mouffe (2012, S. 165) exemplarisch auf das Differenzverhältnis zwischen Grundbesitzer*innen und Landwirt*innen. Dieses wird ihnen zufolge erst dann zu einem antagonistischen Verhältnis, wenn die (nicht-notwendige) Existenz als Landwirt*in durch die Möglichkeit, von den Grundbesitzer*innen vertrieben zu werden, in Gefahr gerät (ebd.). Das Andere (Grundbesitzer*in) wird dann zum Paradox der Möglichkeit und Unmöglichkeit des Eigenen (Landwirt*in), weil sich das Eigene über den Ausschluss des Anderen konstituiert und zugleich durch dessen Präsenz daran gehindert wird, gänzlich es selbst zu sein (ebd.). Der Antagonismus wird so zur paradoxen Grenze eines jeden Differenzverhältnisses.

»Wenn Sprache ein System von Differenzen ist, so ist der Antagonismus das Scheitern der Differenz: in diesem Sinne richtet er sich innerhalb der Begrenzungen der Sprache ein und kann nur als ihre Zerspaltung existieren – also als Metapher. Wir können somit verstehen, warum soziologische und historische Erzählungen sich selbst unterbrechen und sich an eine ihre Begrifflichkeit transzendierende ›Erfahrung‹ wenden müssen, um ihre Lücken zu füllen: jede Sprache und jede Gesellschaft sind durch Unterdrückung des Bewußtseins der sie durchdringenden Unmöglichkeit konstituiert. Der Antagonismus entzieht sich der Möglichkeit, durch Sprache erfaßt zu werden, da ja Sprache nur als Versuch einer Fixierung dessen existiert, was der Antagonismus untergräbt.« (Ebd.)

Antagonismus wurde in der bisherigen Erörterung allerdings in mindestens zwei Figuren gedacht: zum einen als radikale Negativität des Sozialen und zum anderen als negatives Außen, das ein Innen als Äquivalenzverhältnis von Differenzen konstituiert. Diese beiden Figuren repräsentieren die widersprüchliche Denkbewegung zwischen einer grundlegenden, ontologischen Unbestimmtheit und einer ontischen, also vorläufig hergestellten Bestimmtheit im Theoriehorizont von Laclau und Mouffe, die auch auf den Antagonismusbegriff übertragen wird. So kann mindestens zwischen einem ontologischen Antagonismus und einer Vielzahl nicht-notwendiger ontischer Antagonismen unterschieden werden, die eine bestimmte soziale Ordnung sowohl ermöglichen als auch stets bedrohen. Mit der Unterscheidung zwischen dem Realen, dem Imaginären und dem Symbolischen bei Jacques Lacan (siehe Exkurs unten) kann diese Differenzierung präzisiert werden (Marchart, 2011, S. 41). So bezeichnet etwa das Reale die Dimension des Ontologischen, also des Wesenhaften, das stets als abgründig, nicht-notwendig bzw. unbestimmt gedacht wird. Das Ontische hingegen bezieht sich auf die machtvoll und vorläufig fixierte soziale Wirklichkeit, die in eine imaginäre und eine symbolische Dimension unterschieden werden kann. In dieser Perspektive wird mit dem realen Antagonismus die traumatische radikale Unbestimmtheit gefasst, die jeder sozialen Objektivität zugrunde liegt. Aufgrund der Undarstellbarkeit des Realen repräsentiert sich der Antagonismus jedoch auch in der Dimension des Ontischen als eine Vielzahl imaginärer und

symbolischer Antagonismen. Die imaginäre Dimension des Antagonismus bezieht sich dabei auf verallgemeinerte Feindschaftsverhältnisse in der sozialen Praxis (etwa auf das imaginäre Verhältnis zwischen Grundbesitzer*innen und Landwirt*innen). Wobei diese, wie bereits herausgestellt, keine festen empirischen Gegebenheiten darstellen, sondern auch durch radikale Negativität (den realen Antagonismus) gekennzeichnet sind und theoretisch jedes Differenzverhältnis betreffen können. Nur in der Dimension des Imaginären jedoch »erscheint der Antagonismus als Frontstellung zwischen zwei aufeinander spiegelbildlich verwiesenen Feinden, deren Existenz jeweils »objektiv« gegeben scheint« (ebd.). In der Dimension des Symbolischen hingegen wird der Antagonismusbegriff »nicht nur negativistisch radikalisiert, er wird auch operationalisiert, um die Logik sozialer Bedeutungsproduktion beschreiben zu können« (ebd., S. 42). Der symbolische Antagonismus verdeutlicht sich dann in der Äquivalenzierung differenzieller Elemente, die lediglich über den negativen Ausschluss produziert werden kann (ebd.). Man könnte auch sagen, dass sich der symbolische Antagonismus in den symbolischen Übersetzungen sowohl des realen Antagonismus als auch der imaginären Antagonismen in der alltäglichen sozialen Praxis verdeutlicht. Der symbolische Antagonismus, der sich positiv als Äquivalenz repräsentiert, konstituiert dann die Grenzen jedes Verhältnisses von Differenzen, das »sich als partielle und prekäre Objektivierung enthüllt« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 165), indem er vermittels der negativen Abgrenzung eine Äquivalenz zwischen den Differenzen etabliert, die diese erst als gemeinsame Totalität (im Sinne einer kontingenten sozialen Ordnung) verbindet.

Exkurs: Zum Realen, Imaginären und Symbolischen

Neben der Unterscheidung zwischen dem Diskursiven und Diskursen sowie zwischen dem Ontologischen und dem Ontischen spielt in der diskursiven Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe (2012) die Unterscheidung zwischen dem Realen, dem Imaginären und dem Symbolischen eine bedeutsame Rolle – obwohl diese Unterscheidung eigentlich erst nach der Veröffentlichung des Werks *Hegemonie und radikale Demokratie* von Slavoj Žižek (1998a, 1998b) expliziert wurde. Trotz der nachträglichen Betonung der herausragenden Bedeutung der Trias von Realem, Imaginärem und Symbolischem für die Hegemonietheorie (Laclau, 2014, S. 153) haben jedoch weder Laclau noch Mouffe die Trias in den Folgewerken systematisch ausgearbeitet.

Die Unterscheidung zwischen Realem, Imaginärem und Symbolischem, wie sie sich in den Arbeiten von Laclau und Mouffe zeigt, geht auf die psychoanalytische Subjekttheorie Jacques Lacans zurück, der damit die drei konstitutiven Ebenen der Realität menschlicher Wesen bezeichnet (Žižek, 2016, S. 18). Dabei kann das Reale mit dem Ontologischen und damit mit der Abgründigkeit, der radikalen Negativität oder auch der Abwesenheit eines ultimativen Grundes des Sozialen gleichgesetzt werden. Das Imaginäre und das Symbolische sind hingegen in der ontischen Dimension angesiedelt. Das Imaginäre bezeichnet bei Lacan diejenige Dimension, in der das Subjekt über das »Bild des ihm Ähnlichen« (Laplanche & Ponatlis, 2019, S. 228) einen Zugang zu sich selbst findet. Dieser Zugang findet aber eben nicht über den*die Ähnliche*n, sondern interpretativ, imaginär über *das Bild* dieser*dieses vermeintlich Ähnlichen statt und ist deshalb »ih-

rem Wesen nach der Täuschung preisgegeben« (ebd., S. 229). Das Imaginäre bekommt in dieser Perspektive also eine konstitutive Funktion im Zugang nicht nur zur Welt und zu Anderen, sondern auch im Zugang zum Selbst. Trotzdem wird bei Lacan – wie auch bei Laclau und Mouffe – dem Symbolischen eine noch herausragendere Bedeutung zugewiesen, da sich das Subjekt schlussendlich immer auf der Dimension des Symbolischen, das heißt auf der Dimension der »Sprache« bzw. der Bedeutungen, konstituiert (Wörler, 2015, S. 26–29). Das Symbolische stellt dabei eine »vermittelnde Ebene« (ebd., S. 28) dar, die ein symbolisiertes Verhältnis zum Imaginären, als primäre Möglichkeit dem Realen zu begegnen, beschreibt. Es bezeichnet in diesem Verständnis diejenige Dimension, in der sich sowohl die subjektive als auch die soziale Wirklichkeit als symbolisierende Annäherungen an das imaginäre Bild des Ähnlichen konstituieren – und zwar sowohl als (sedimentierte) symbolische Ordnung, die jeder »neuen« Artikulation vorausgeht, als auch als spezifische Artikulation, »wie das menschliche Subjekt sich in eine vorgegebene Ordnung einfügt« (Laplanche & Ponatlis, 2019, S. 488).

Ganz in diesem Sinne versteht auch Laclau (2014, S. 152) das Reale nicht als vorliegendes Objekt des Sozialen, sondern als »internal limit preventing the ultimate constitution of any objectivity.« Demgegenüber stellt das Imaginäre die zentrale Dimension dar, in der ein allgemeiner Horizont konstruiert wird, der einen kontingenten Rahmen für die symbolische Praxis bereitstellt. »Every age adopts an image of itself – a certain horizon, however blurred and imprecise, which somehow unifies its whole experience.« (Laclau, 1990c, S. 3) Diese imaginären Annäherungen an ein Reales, das nicht symbolisierbar ist, folgen der Logik der Hegemonie und stellen die Grundlage für die Konstitution der sozialen Wirklichkeit über die symbolischen Annäherungen an die jeweiligen Imaginäre in die soziale Praxis dar (ebd., S. 60–85).

Die Trias des Realen, des Imaginären und des Symbolischen ist bedeutsam, um zum einen die Unmöglichkeit der rationalen (Er-)Schließung der sozialen Wirklichkeit als einen »mehrschrittigen« und nicht-linearen Übersetzungsprozess zu konzipieren, der notwendigerweise mit Dislokationen einhergeht. Zum anderen ist sie bedeutsam, um der Dimension des Ontischen eine Dimension der imaginären und eine der »tatsächlichen«, symbolischen Annäherung an das Reale gegenüberzustellen, die miteinander zusammenhängen und gleichzeitig durch einen konstitutiven Spalt voneinander getrennt sind. In letzterem Sinne sensibilisiert die Trias auch für einen Blick, der zum einen die imaginären Repräsentationen des Eigenen, der Anderen und der Welt sowie zum anderen die tatsächlichen (symbolischen) Praktiken zum Gegenstand einer differenzierten Betrachtung macht, die diese nicht naiv in eins setzt. Die Imagination von Nation als grundlegendes Fundament sozialer Ordnung kann so als Versuch betrachtet werden, die reale Unbestimmtheit des Sozialen zu überwinden. In den vielfältigen symbolischen Praktiken von kontingenten Institutionen und Subjekten wird die Imagination der Nation schließlich zu einem bestimmenden Objekt sozialer Wirklichkeit (siehe Kap. 3.2). Zwischen dem Realen, dem Imaginären und dem Symbolischen wird eine Kluft ersichtlich, die zwar in unterschiedlichen Praxen unterschiedlich weit auseinanderliegen mag, aber doch niemals vollständig geschlossen werden kann.

Wenn die äußeren Grenzen einer sozialen Formation, etwa einer Gesellschaftsformation, nur über Negation und Ausschluss konstituiert werden können (Laclau & Mouffe, 2012, S. 165–167) und es nur auf diese Weise gelingt, ein Verhältnis der Äquivalenz zwischen differenten Elementen herzustellen, bleibt die Frage offen, wie die negative Äquivalenz trotz allem positiv repräsentiert werden kann (Laclau, 2018, S. 69f.). Um Äquivalenzeffekte zu produzieren, benötigt es demnach auch etwas, das die abwesende Fülle, das Fehlen eines positiven Grundes, supplementieren bzw. füllen kann. Diese Funktion, die Äquivalenz einer Vielzahl von Differenzen zu repräsentieren, kann laut Laclau (2002, S. 67–69) nur ein Signifikant übernehmen, dessen Bedeutung möglichst leer ist, da er nur so für eine Vielzahl differenzieller Positionen stehen kann. In der »Extremsituation einer radikalen Desorganisation des sozialen Gefüges« (ebd., S. 76) kann bspw. der Signifikant »Ordnung«, ohne dass er mit einer spezifischen Bedeutung versehen ist, die Funktion der Repräsentation der abwesenden Fülle einer Gemeinschaft übernehmen. So führt Laclau (ebd.) aus:

»Ordnung« an sich hat keinen Inhalt, weil sie nur in den verschiedenen Formen existiert, in denen sie tatsächlich realisiert ist. Doch in einer Situation radikaler Unordnung ist »Ordnung« als das anwesend, was abwesend ist. Als Signifikant dieser Abwesenheit wird sie zum leeren Signifikanten. In diesem Sinn können verschiedene politische Kräfte in ihren Anstrengungen wetteifern, ihre partikularen Ziele als solche zu präsentieren, die das Füllen des Mangels realisieren können.«

Leere Signifikanten nehmen eine positive, objektive »Platzhalterrolle ein, indem sie bezeichnen, was eigentlich nicht bezeichnet werden kann: die Identität [Äquivalenz] des Diskurses« (Stäheli & Hammer, 2016, S. 72). Wobei je nach Kontext unterschiedliche Signifikanten (etwa: Emanzipation, Freiheit, Demokratie) zum Repräsentanten des Mangels bzw. der abwesenden Fülle werden können.

Politik, im Sinne eines Ringens um die allgemeine gute Ordnung des Sozialen, ist überhaupt nur möglich, da sich »die konstitutive Unmöglichkeit von Gesellschaft [...] nur durch die Produktion leerer Signifikanten repräsentieren kann« (Laclau, 2002, S. 76). Leere Signifikanten werden damit zu einem bedeutsamen Prinzip der Produktion der Grenzen eines diskursiven Systems, indem der Horizont dessen, »was gedacht werden kann und was ausgeschlossen ist« (Stäheli & Hammer, 2016, S. 73), abgesteckt wird. Gleichzeitig hält die Leere leerer Signifikanten das Außen und den Mangel stets im Inneren präsent und subvertiert jeden Versuch der Konstruktion von Äquivalenz, insofern auch leere Signifikanten es nicht vermögen, Diskursformationen endgültig zu fixieren und zu stabilisieren. Darüber hinaus zeigt sich die konstitutive Ambivalenz von Konstruktion und Subversion, die für Kontingenz in der Bedeutung von Unbestimmtheit und Bestimmtheit grundlegend ist, ebenso in der Logik leerer Signifikanten: »Zum einen fixiert er [der leere Signifikant] Bedeutungen, zum anderen wird er selbst so weit entleert, dass er zum nahezu bedeutungslosen Zeichen wird« (ebd.). Dies bedeutet nun aber nicht, dass ein leerer Signifikant, der es vermag, soziale Praktiken in partieller Äquivalenz zu formieren, in seiner Entleertheit kein partikulares politisches Projekt vorantreibt und das Ausgeschlossene in dieser Weise wiederum als Differenz in den diskursiven Zusammenhang einlässt. Vielmehr vollzieht sich bei der Konstruktion leerer

Signifikanten, Laclau (2018) zufolge, die bereits beschriebene Logik der Universalisierung partikularer Interessen (Gramsci) bzw. Forderungen (Laclau) – man könnte auch sagen: die Universalisierung eines politischen Projekts (als eine soziale Ordnung).

»The argument that I have developed is that, at this point, there is the possibility that one difference, without ceasing to be a *particularistic* difference, assumes the representation of an incommensurable totality. In that way, its body is split between the particularity which it still is and the more universal signification of which it is the bearer.« (Laclau, 2018, S. 70)

Selbst wenn man davon ausgeht, dass das Soziale in der Regel ein Feld mehrerer sich durchkreuzender Antagonismen darstellt und damit auch mehrere sich wechselseitig und komplex überlagernde leere Signifikanten produziert werden müssen, bleibt die bis hierhin ausdifferenzierte Logik schlussendlich eine vereinfachte Logik, die bloß zwischen negativ Ausgeschlossenem (Antagonismus) und der Repräsentation einer gemeinsamen Einheit von Differenz changiert. Jedoch kann diese Einfachheit im Grunde nur in einer totalitär-repressiven Konstellation (bei Laclau exemplarisch etwa im Zarismus oder auch im Kolonialismus) gedacht werden, in der sich zwei Gruppen in einem eindeutigen und unterdrückerischen Verhältnis gegenüberstehen (ebd., S. 130f.). Denn in einem sozialen Raum, der dominant durch die Politikform der Hegemonie konstituiert wird, löst sich die radikale Opposition auf und es setzt eine Rivalität um die Hegemonisierung alternativer Versuche der Produktion von Äquivalenz ein. Wobei es in diesem Kontext dazu kommen kann, dass ein Signifikant nicht mehr nur für ein hegemoniales Projekt einer Gruppe steht, sondern von unterschiedlichen miteinander konkurrierenden hegemonialen Projekten beansprucht wird, sodass es sich um einen gleitenden Signifikanten (*floating signifier*) handelt. In Laclaus Beschäftigung mit Populismus treten gleitende Signifikanten etwa auf, wenn eine politische Forderung, die es bisher vermochte, eine Gruppe zu formieren, auch von gegensätzlichen politischen Projekten in Anspruch genommen wird. Dies ist insbesondere in einem durch unterschiedliche Antagonismen überdeterminierten Feld der Fall und wird umso präsenter in Phasen der organischen Krise einer Gesellschaftsformation (ebd., S. 131f.). Die Grenze zwischen leeren und gleitenden Signifikanten ist allerdings nur theoretisch-analytisch genau zu ziehen. Während leere Signifikanten eine Einheit (bei Laclau: »a popular identity«) konstruieren, bei der eine stabile Grenze angenommen wird, versuchen gleitende Signifikanten die Verschiebung dieser klaren Grenze in den Blick zu bekommen. Beide Signifikantentypen stehen jedoch für hegemoniale Operationen und beziehen sich auf dieselben Referent*innen, weshalb Laclau (ebd., S. 133) *leer* und *gleitend* als partielle Dimensionen versteht, die lediglich analytisch unterschieden werden können.

In *On Populist Reason* fügt Laclau (2018) den Elementen Differenz, Äquivalenz, Antagonismus und leere und gleitende Signifikanten ein weiteres Element hinzu, das er als Heterogenität bezeichnet. Diese Begriffsverwendung hängt eng mit seinem Verständnis von gleitenden Signifikanten zusammen, da es bei beiden Elementen darum geht, die Instabilität und permanente Dislokation der Grenzen des Sozialen theoretisch zu markieren und zu fassen (ebd., S. 153). Heterogenität meint dabei alle Elemente im weitesten Sinne, die durch die politische Konstruktion einer differenziellen Äquivalenzkette mit-

hilfe der hegemonialen Etablierung von Antagonismen und leeren Signifikanten *nicht* repräsentiert bzw. artikuliert werden. Da die Heterogenität des Sozialen niemals vollständig artikuliert werden kann, kann das Soziale auch nicht in Form stabiler dialektischer Gegensätze und Grenzen gedacht werden, sondern verändert und verschiebt sich permanent (ebd., S. 148–152). So hebt Laclau mit Bezug auf die politische Konstruktion eines Volkes hervor, dass jede neue Artikulation mit der »reconstitution of the space of representation through the construction of a new frontier« (ebd., S. 153) einhergeht. Und dass diese den Raum der Repräsentation von Innen und Außen in einer Weise neu hervorhebt, sodass auch vormals repräsentierte Gruppen und *Demands* nunmehr weder als innen noch als außen artikuliert erscheinen. Vielmehr verlieren sie laut Laclau (ebd., S. 153f.) den Zugang zum Raum der politischen Repräsentation. Denn »any political transformation implies not only a reconfiguration of already existing demands, but also the incorporation of new demands (that is, new historical actors) into the political scene – or its opposite: the exclusion of others who were previously present there.« Heterogenität ist für Laclau deshalb konstitutiv und bezieht sich auf diejenigen Elemente, die in einem Diskurs und auch in einem Differenzverhältnis nicht repräsentiert sind und sich nicht repräsentieren können. Sie umfasst sowohl die nicht vollständige symbolische Repräsentierbarkeit des realen Seins eines Elements im Rahmen eines Differenzverhältnisses als auch den nicht eliminierbaren partikularen Rest einer jeden (artikulierten) Forderung und letztlich die Unmöglichkeit, alle Elemente und *Demands* im Rahmen einer Äquivalenzkette zu repräsentieren. Wobei im letztgenannten Fall immer auch Elemente bleiben, die weder im Innen noch im Außen artikuliert erscheinen und somit auch keinen Zugang zum hegemonialen Raum der Repräsentation besitzen, obwohl sie gleichzeitig den artikulierten Raum als mangelhaften Raum beständig herausfordern (ebd., S. 152).¹⁶ So schreibt Laclau (ebd., S. 140): »Heterogeneity, conceived in this way, does not mean difference, two entities, in order to be different, need a space within which that difference is representable, while what I am now calling heterogeneity presupposes the absence of that common space.«

Mit dem Element der sozialen Heterogenität fügt Laclau dem diskurstheoretischen Modell von Hegemonie neben der radikalen Unbestimmtheit und dem konstitutiven Außen, die mit dem Konzept des Antagonismus gefasst werden, »ein absolut ausgeschlossenes Anderssein« hinzu (Roskamm, 2017, S. 153). Das Denken des absolut Ausgeschlossenen ist zum einen höchst bedeutsam, um das Soziale nicht als fest abgeschlossene Einheit oder als vollständig artikuliert Diskursformation zu konzipieren.

16 Letztere Bedeutung von Heterogenität weist eine hohe Ähnlichkeit zu dem Begriff der Subalternität bei Spivak (2008) auf. Der Subalternitätsbegriff bei Spivak bezieht sich im Gegensatz zu Gramsci – auch wenn das Konzept aus dessen Arbeiten abgeleitet ist – nicht auf die Regierten als positiv artikuliert Differenz innerhalb eines Herrschaftsverhältnisses, sondern vielmehr auf diejenigen sozialen Gruppen, die im hegemonialen Repräsentationsverhältnis nicht repräsentiert sind (Spivak, 1999, S. 269–274). Laclaus Verwendung wirkt auf den ersten Blick etwas weiter und allgemeiner gefasst und weniger auf eine untergeordnete (*subalterne*) Position des Ausgeschlossenen reduziert. Gleichzeitig leitet er jedoch sein Heterogenitätsverständnis von Begriffen wie den geschichtslosen Völkern (*peoples without history*) bei Hegel und des Lumpenproletariats bei Marx ab (Laclau, 2018, S. 139–156), was wiederum eine gewisse Nähe zu Spivaks Begriff der Subalternen vermuten lässt.

Zum anderen stellt es für Laclau die Bedingung her, die Antagonismen erst ermöglicht. Denn ihm zufolge kann ein nicht notwendiger Antagonismus (wie etwa zwischen Kapitalist*innen und Arbeiter*innen) nicht aus einem feststehenden Differenzverhältnis resultieren. Ein antagonistisches Differenzverhältnis, das als nicht notwendig gedacht wird, benötigt selbst den Ausschluss von etwas, das nicht Bestandteil des konstituierten sozialen Verhältnisses ist. Im Fall der Etablierung eines Antagonismus wird dies über den Ausschluss des nicht artikulierten Überschusses, soziale Heterogenität, möglich (Laclau, 2018, S. 149).

2.3.5 Alltagsverstand, Intellektualität und Subjekt

Bisher wurden diejenigen theoretischen Elemente beschrieben, die es ermöglichen, soziale Wirklichkeit in der sich wechselseitig konstituierenden und subvertierenden Logik zwischen Unbestimmtheit und Bestimmtheit (= Kontingenz) zu denken. Die Frage danach, wie eine spezifische soziale Ordnung jedoch hegemonial wird, blieb bislang im Hintergrund. Zwar wurde die rekursive Logik des Sozialen angedeutet, in der sich gesellschaftliche Strukturen und die Praktiken der Subjekte wechselseitig hervorbringen. Die bisherigen Auseinandersetzungen hinterlassen jedoch tendenziell einen strukturdeterministischen Eindruck, blieb doch die Frage der Subjekte hinter derjenigen der strukturellen Logiken im Hintergrund. Um die Bedeutung der Rekursivität des Sozialen, die weder mit reinem Strukturdeterminismus noch mit absolutem Individualismus zu denken ist, stärker herauszustellen und weiter auszudifferenzieren, ist es notwendig, den aufgebauten Bogen wieder zurück zur Bedeutung von Ideologie und dem Sozialen als symbolische Ordnung zu spannen. Dabei wird es schlussendlich darum gehen, den sozialen Akteur*innen als Subjekte der (Re-)Produktion sozialer Ordnung einen systematischen Ort im Rahmen des hegemonietheoretischen Horizonts zuzuweisen. Um dies zu tun, gehe ich im Folgendem insbesondere auf die Elemente des Alltagsverstands, der Intellektualität und der Subjekte ein.

Die besondere Bedeutung, die Gramsci (2012, S. 876) dem Ideologischen gibt, liegt nicht nur darin begraben, dass die Menschen auf dem Terrain des Ideologischen »Bewusstsein von ihrer Stellung erwerben, kämpfen usw.« Vielmehr organisieren Gramsci zufolge Ideologien die Zustimmung zu bestimmten Verhältnissen. Hegemoniale Verhältnisse beruhen für ihn auf einem breit geteilten, weitgehend unhinterfragten und den Alltagsverstand konstituierenden »Wissen« im Sinne organischer Ideologien (siehe Kap. 2.3.2): einem Wissen über sich selbst, die Anderen und die Welt, welches die Welt in (eine) Ordnung bringt. Das im Alltagsverstand vorhandene Wissen produziert dabei nicht nur ein ideelles Bewusstsein, sondern strukturiert »alltägliche Praxen, routinisierte Handlungen und auch unbewusste Dispositionen« (Opratko, 2018, S. 46). Mit dem Konzept des Alltagsverstands verortet Gramsci die Produktion, Reproduktion und Transformation der Verhältnisse in den singulären Alltagssubjekten. Das Handeln der Subjekte wird dabei zumindest zu einem nicht unerheblichen Teil durch Ideologien strukturiert. Zudem bringen die Subjekte in ihrem Handeln die Ideologien, die sie unterwerfen, mit hervor, erhalten sie aufrecht und verändern sie. Für Gramsci (ebd., S. 528) sind deshalb alle Menschen Intellektuelle, da »schließlich jeder Mensch [...] teilhat an einer Weltauffassung und daher dazu beiträgt, sie zu erhalten, sie zu modifizieren, das heißt neue Auffas-

sungen zu schaffen.« Auch überwiegend physische Tätigkeiten sind aus dieser Perspektive nicht auf ihre reine Körperlichkeit zu reduzieren, sondern stets auch ideologisch vermittelt. Alle gesellschaftlichen Akteur*innen sind damit selbst Teil der intellektuellen, symbolischen (Re-)Produktion hegemonialer Wirklichkeit, da sie an der Aneignung, Reproduktion und Transformation von Ideologien aktiv beteiligt sind. Dies macht das ideologische Terrain auch so bedeutsam für Hegemonie. Ideologien leiten nicht nur das Handeln der Individuen an, sondern organisieren auch Konformität in Bezug auf eine spezifische Ordnung, die in den Ideologien und damit letztendlich auch in den Praktiken der Individuen zum Ausdruck kommt. Dies bedeutet nun aber weder, dass Ideologien den Individuen als determinierende Größen von außen vorangehen, noch, dass sie in einer einfachen Konformität münden, in der alle Subjekte einer Logik folgen.

Der Alltagsverstand ist laut Gramsci in der Regel widersprüchlich, chaotisch und inkohärent. Der kapitalistische Alltagsverstand strukturiert sich etwa durch »Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft. Vorurteile aller vergangenen, lokal bornierten geschichtlichen Phasen und Intuitionen einer künftigen Philosophie, wie sie einem weltweit vereinigten Menschengeschlecht zueigen sein wird« (ebd., S. 1376). Zumindest unter kapitalistischen und bürgerlichen Bedingungen weist der Alltagsverstand nach Gramsci deshalb *keine* Kohärenz auf. Und gleichzeitig enthält er bereits Elemente des *buon senso*, was im Deutschen zu meist mit *gesunder Menschenverstand* übersetzt wird und laut Gramsci den möglichen Ausgangspunkt einer emanzipativen, gegenhegemonialen Bewegung bezeichnet, eine künftige Philosophie. Ziel und Aufgabe einer kritischen und emanzipativen Bewegung ist es deshalb, die sich im Alltagsverstand befindlichen Elemente des *buon senso* zu entwickeln, einheitlich und kohärent zu machen (Niggemann, 2016, S. 67f.; zur kritischen Einschätzung dieser Vorstellung des *buon senso* siehe Kap. 4.3.1).

Dafür kommt, wie bereits ausgeführt wurde, dem Terrain des Ideologischen eine besondere Rolle zu. Gramsci identifiziert privilegierte gesellschaftliche Orte und Positionen, die mehr oder weniger Einfluss auf das ideologische Produktions-, Reproduktions- und Transformationsgeschehen haben: zum einen Hegemonieapparate wie die Schule oder die Medien (Gramsci, 2012, S. 782), zum anderen Intellektuelle als Inhaber*innen einer ausdifferenzierten gesellschaftlichen Position.

»Alle Menschen sind Intellektuelle, könnte man daher sagen, aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen (so wird man, weil jeder einmal in die Lage kommen kann, sich zwei Eier zu braten oder einen Riß in der Jacke zu flicken, nicht sagen, alle seien Köche und Schneider).« (ebd., S. 1500)

In dieser Perspektive sind Intellektuelle die »Funktionäre« (ebd., S. 1502) des Komplexes der gesellschaftlichen Superstrukturen, die die grundlegende ideologische (Re-/Produktions-)Arbeit auf dem Terrain der Zivilgesellschaft leisten. Jede hegemoniale Kraft benötigt Intellektuelle, um den zivilgesellschaftlichen Konsens zu einem bestimmten politischen Projekt zu organisieren (ebd.).¹⁷ In dieser Funktion stellen Intellektuelle

17 Jan Niggemann (2016, S. 64f.) bezeichnet diese Tätigkeit auch als *doing consciousness*.

»Gehilfen« [...] bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung [dar]« (ebd.).

Hegemonieapparate oder auch ideologische (Staats-)Apparate (Althusser, 2016; siehe auch Kap. 2.2.2) sind diejenigen gesellschaftlich privilegierten Orte (Schule, Medien, Wissenschaft, Kultureinrichtungen) in einer historisch spezifischen Gesellschaftsformation, in denen die ideologische Reproduktionsarbeit laut Althusser (2016, S. 54) vorwiegend stattfindet (im Gegensatz zu repressiven Staatsapparaten wie der Polizei oder der Verwaltung). In den ideologischen Staatsapparaten wie der Schule wird folglich nicht nur das für eine bestimmte berufliche Tätigkeit nötige Wissen vermittelt (im Sinne der Qualifikation von Arbeitskräften), sondern es findet darin

»zugleich auch eine Reproduktion ihrer Unterwerfung unter die Regeln der etablierten Ordnung [statt], d.h. für die Arbeiter die Reproduktion ihrer Unterwerfung unter die herrschende Ideologie und für die Akteure der Ausbeutung und Unterdrückung eine Reproduktion der Fähigkeit, die herrschende Ideologie gut zu handhaben, um auch ›durch das Wort‹ die Herrschaft [sic!] die herrschende Klasse abzusichern« (ebd., S. 43).

Die Praxis der ideologischen Staatsapparate sieht Althusser (ebd., S. 57) zwar primär als ideologische Vermittlungstätigkeit. Er deutet dabei aber zugleich an, dass auch diese zum Teil über repressive und praktische Momente der Dressur wie etwa »Bestrafung, Ausschluss, Auswahl usw.« (Ebd.) funktioniert. Wie in Kapitel 2.2.2 bereits dargestellt, neigt Althusser zwar zu einem etwas monolithischen und deterministischen Verständnis von Ideologie und ideologischen Staatsapparaten in den Händen der herrschenden Klasse, trotzdem ist die Konzeption bestimmter privilegierter gesellschaftlicher Orte als »ideologische Apparate« (Hall, 2008d, S. 125)¹⁸ wichtig für die Frage nach der Herstellung, Aufrechterhaltung und Veränderung hegemonialer Ordnungen. Ideologische Apparate können dabei im Gegensatz zu Althusser's Konzeption als durchaus komplexe und widersprüchliche Orte in den Blick genommen werden, die jedoch eine gewisse Dominanz von Praktiken, Bewusstseinsformen und Ideologien ausbilden, die dann etwa eine vorwiegend von Rassekonstruktionen vermittelte Ordnung transportieren und aufrechterhalten (ebd., S. 155).

Die Auseinandersetzung mit Gramscis Aussage, »alle Menschen sind Intellektuelle«, und ihrer Relevanz für die Reproduktion bestimmter Verhältnisse verweist einerseits auf die Bedeutung, die den Subjekten im Rahmen der Hegemonietheorie zukommt. Andererseits hebt sie hervor, dass weder die Subjekte noch die gesellschaftliche Ordnung als wesenhaft vorausgesetzt werden können. Denn stattdessen machen die Notwendigkeit der ideologischen Hervorbringung und Reproduktion spezifischer Subjekte sowie die Notwendigkeit der Reproduktion der Verhältnisse durch die Subjekte eine rekursive Logik der wechselseitigen Hervorbringung von sozialer Ordnung und ideologischen Sub-

18 Mit Bezug auf die Medien bevorzugt Stuart Hall (2012b, S. 156) den Begriff der ideologischen Apparate gegenüber dem der ideologischen Staatsapparate, da diese zum einen autonom vom Staat sind und zweitens der Staat »kein einfaches, leicht durchschaubares Instrument« (ebd.) darstellt.

jekten deutlich. Daraus folgt wiederum, dass bezüglich der Kategorie des Subjekts¹⁹ unterschiedliche Subjektvorstellungen zurückgewiesen werden müssen (Laclau & Mouffe, 2012, S. 152f.): zum einen die Vorstellung eines autonomen Subjekts, das ein rationales und souveränes Wesen darstellt, das sich seiner eigenen Stellung und Interessen sowie seinem Begehren vollkommen bewusst ist. Zum anderen die Vorstellung einer essenziellen Subjektposition, die davon ausgeht, dass die Subjekte ihrer spezifischen gesellschaftlichen Position entsprechend einheitliche und homogene Erfahrungen machen. Zuletzt, so Laclau und Mouffe (ebd., S. 153), muss die Vorstellung zurückgewiesen werden, dass das Subjekt den »Ursprung und Grund der gesellschaftlichen Verhältnisse« darstellt. Womit nicht versucht wird, die Bedeutung der Subjekte in der Herstellung, Aufrechterhaltung und Veränderung einer sozialen Ordnung rückgängig zu machen. Die Zurückweisung hebt lediglich die Position hervor, dass kein Subjekt bereits vor bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen existiert. Denn in Diskursen – und somit in diskursiven Praktiken – werden erst bestimmte *momentane*, überdeterminierte Subjektpositionen hervorgebracht, die auch den Logiken der Differenz und Äquivalenz sowie des Antagonismus und der Heterogenität unterliegen. Dies bedeutet nun aber wiederum *nicht*, wie es in der vielfach herangezogenen Metapher der Anrufung (Interpellation) bei Althusser (siehe Kap. 2.2.2) der Fall zu sein scheint und wie es auch Laclau und Mouffes früheren Arbeiten noch zugrunde liegt (Laclau, 1981, S. 88–96), dass die Subjekte den ihnen vorausgehenden, diskursiv konstruierten Subjektpositionen beinahe deterministisch Folge zu leisten haben respektive lediglich Effekt der ihnen vorausgehenden Differenzordnung seien. Vielmehr konstituieren sich die Subjekte in einer rekursiven Logik der »doppelten Artikulation« (Hall, 2004b, S. 39). Unter dieser doppelten Artikulation versteht Hall den rekursiven Prozess, dass sich Subjekte auf Basis der ihnen vorausgehenden sozialen Ordnungen artikulieren (müssen) und dabei zugleich die Strukturen selbst mithervorbringen, aufrechterhalten und verändern, diese also wiederum erst artikulieren. In anderen Worten: Die nicht-notwendigen, unbestimmten Subjekte sind auf die Identifikation mit Symbolen außerhalb ihrer selbst angewiesen (Laclau, 1990c, S. 60–67 & 2018, S. 54–61; Laclau & Zac, 1994). Die begrenzten Möglichkeiten der Identifikation finden sie in den gesellschaftlichen Strukturen, die selbst »von einem originären Mangel bewohnt wird, einer radikalen Unentscheidbarkeit« (Laclau, 2002, S. 134), die permanente Entscheidungsakte bedarf. Das Subjekt konstituiert sich genau in diesen unentscheidbaren Entscheidungsakten, die von einem Willen getragen werden, die Struktur zu transzendieren – ein Wille, der nicht bereits außerhalb der Struktur besteht, sondern erst aufgrund der Unmöglichkeit der Selbstkonstitution der Struktur notwendig wird (ebd., S. 134f.). Und in diesen Entscheidungsakten reproduzieren die Subjekte die Ordnung, die ihnen vorausgeht (näheres zum Subjektverständnis bei Laclau siehe Kap. 4.2.3).

Aufgrund der konstitutiven Un_Möglichkeit der Struktur und der Subjekte wird es notwendig, das Verhältnis zwischen den beiden als rekursiv artikulatorisch zu denken. Wobei auch beim Subjektbegriff eine konstitutive Ambivalenz zwischen Konstitution

19 Da die Kategorie des Subjekts auch in Kapitel 3 zu Bildung bedeutsam werden wird, beschränke ich mich hier auf die allgemeinen Konturen im Rahmen einer hegemonietheoretischen Gesellschaftstheorie.

und Subversion eingeführt wird, indem einer Pluralität von überdeterminierten Subjektpositionen handelnde Subjekte als Subjekte der unmöglichen Entscheidung gegenübergestellt werden. Die Subjekte erlangen also schlussendlich wieder eine besondere Stellung in der Hegemonietheorie, da sie zwar nicht als souveräner Ursprung, aber doch als bedeutsame (artikulierende) Akteur*innen im Rahmen der Reproduktion und Transformation der Verhältnisse betrachtet werden.

2.3.6 Macht, Sedimentierung, Herrschaft

Den bisherigen Ausführungen zu unterschiedlichen sozialtheoretischen Elementen, die ein postfundamentalistisches Nachdenken über die Kontingenz von Gesellschaft im Sinne ihrer Un_Bestimmtheit ermöglichen sollen, ist trotz der Herausstellung der Rekursivität von symbolischer Ordnung und den artikulierenden Subjekten noch eine gewisse Beliebigkeit hinsichtlich der Frage der Artikulationsmöglichkeit einer hegemonialen Ordnung eingeschrieben. Um diesen Anschein von Beliebigkeit zu vermeiden, ist es bedeutsam, auf die theoretischen Elemente Macht, Sedimentierung und Herrschaft abschließend einzugehen.

Die Begriffe Macht und Herrschaft werden angesichts der hohen macht- und herrschaftstheoretischen Bedeutung der Hegemonietheorie in den Arbeiten von Gramsci, Althusser sowie Laclau und Mouffe verhältnismäßig wenig explizit ausgeführt. Und doch stehen sie im Zentrum ihres Nachdenkens, das einen wichtigen Beitrag zu aktuelleren hegemonietheoretischen Explikationen der beiden Begrifflichkeiten leistete. Macht und Herrschaft treten in der Hegemonietheorie in der klassischen Doppeldeutigkeit von Unmöglichkeit und Möglichkeit auf. Sie stellen einerseits grundlegende soziale Logiken dar, die jeder Möglichkeit der Artikulation vorausgehen, sie bahnen. Soziale Praxis findet also niemals unabhängig von kontextspezifischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen statt (Laclau, 1990c). Doch trotz dieser ontologischen Anordnung von Macht- und Herrschaft nehmen sie keine wesenhafte Gestalt an, sondern müssen vielmehr als dezentrierte Phänomene verstanden werden, die sich lediglich kontingent, also kontextspezifisch unbestimmt artikulieren. Zudem konzentriert sich weder Macht noch Herrschaft an einem bestimmten sozialen Ort (etwa im Kopf des Königs*der Königin) oder nur in bestimmten Praktiken (etwa der Verfügung über Andere). Vielmehr müssen beide als omnipräsente und relationale Phänomene gedacht werden. Sie sind ungleich verteilt, aber niemals lediglich an einer Stelle konzentriert. Macht und Herrschaft werden folglich nicht monolithisch ausgeübt, sie sind kein Besitz, sondern asymmetrische Kräfteverhältnisse, die sowohl durch permanenten Wandel als auch durch eine gewisse Dauerhaftigkeit gekennzeichnet sind.²⁰

Die konstitutive Relationalität, Dezentrierung und Kontingenz von Macht und Herrschaft finden sich bereits in Gramscis Konzipierung von Hegemonie als bürgerliches Herrschaftsverhältnis wieder. Insofern bei ihm Hegemonie ein spezifisches Herrschaftsverhältnis meint, das sich sowohl durch Zwang als auch durch Konsens

20 Der sich abzeichnende Macht- und Herrschaftsbegriff ist eindeutig in der Nähe von Foucaults Macht- und Herrschaftsbegriff anzusiedeln (siehe hierzu auch Kap. 3.4.2).

auszeichnet, beruht Hegemonie stets auf einem asymmetrischen Verhältnis der Aushandlung eines Konsenses. Die herrschende Klasse kann also nicht einfach über die anderen verfügen, sondern bedarf einer gewissen Zustimmung bzw. einer Art »freiwilligen« Unterwerfung der regierten Klassen, die anhand von ökonomisch-materiellen Zugeständnissen und ideologischer Überzeugungsarbeit organisiert werden.

»Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, dass den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, dass sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, dass also die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt, aber es besteht auch kein Zweifel, daß solche Opfer und ein solcher Kompromiß nicht das Wesentliche betreffen können, denn wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, auch ökonomisch zu sein, kann nicht umhin, ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt.« (Gramsci, 2012, S. 1567)

Mit Bezug auf die einleitend skizzierten Konturen des Macht- und Herrschaftsbegriffs im Rahmen der Hegemonietheorie entnehme ich diesem Zitat zwei Aspekte: erstens, dass eine (Re-)Artikulation eines Herrschaftsverhältnisses niemals losgelöst von bereits existierenden Verhältnissen geschehen kann. Denn mit Laclau gesprochen findet zwar jeder politische Akt der Instituierung oder Destituierung einer sozialen Ordnung auf einem Terrain der Unentscheidbarkeit statt, er ist aber niemals beliebig und kann immer nur im *begrenzten* Rahmen der vorherrschenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse entschieden werden (Laclau, 1999, S. 134). Macht und Herrschaft werden damit zwar als fundamental definiert, ihre Manifestation bzw. der spezifische Einfluss, den sie auf die Begrenzung des Terrains der Unentscheidbarkeit nehmen, ist aber immer kontextualisiert und konkret. Zweitens wird in dem Zitat auch deutlich, dass Hegemonie strukturell eine reziproke Veränderung der Interessen, der *Demands* oder Projekte und somit eine permanente Dezentrierung beinhaltet, die sowohl das »Wesen« der Regierten als auch das der Regierenden permanent verändert. »Das Bürgertum durchläuft«, so Demirović (2012, S. 142) mit Bezug auf das oben zitierte Hegemonieverständnis von Gramsci, »einen kathartischen Prozess und verallgemeinert sich mit seinen Interessen und seiner Lebensweise, indem es Zugeständnisse macht, sich selbst vorsichtig ändert und Elemente der Lebensform sowie Personen der beherrschten Klassen aufnimmt.« Das zentrale Kennzeichen von Hegemonie ist deshalb insbesondere die Universalisierung eines partikularen Elements (Interessen, *Demands*...), das dermaßen modelliert wird, dass es möglichst viele andere Elemente (Interessen, *Demands*...) zu artikulieren vermag. Wie bereits ausgeführt, findet dies in der Perspektive der diskursiven Hegemonietheorie insbesondere über die Etablierung von leeren Signifikanten und Antagonismen statt, die es vermögen, durch die Konstruktion eines konstitutiven Außen und den Ausschluss eines absoluten Außen ein differenzielles Äquivalenzverhältnis herzustellen. Der Prozess der Universalisierung beruht dabei mindestens auf einer doppelten Dezentrierung bzw. Dislokation: Zum einen setzt die universalisierende Artikulation an unterschiedlichen Partikularitäten an, die nicht wesentlich sind, sondern nur als kontingente, konstitutiv dezentrierte Elemente vorliegen. Zum anderen werden die partikularen Elemente auch

im Prozess der universalisierenden Artikulation nur partikular, als Momente, anerkannt und damit schlussendlich modifiziert und dezentriert in eine neue Artikulationskette eingefügt (siehe etwa die Überdeterminierung bei Althusser in Kap. 2.2.2 sowie bei Laclau und Mouffe in Kap. 2.2.3 oder auch das Konzept der Heterogenität in Kap. 2.3.4).

Da die hegemoniale Schließung des Sozialen mithilfe des Prinzips der Universalisierung partikularer Elemente auf dem Terrain radikaler Unbestimmtheit operiert, wird die fundamentale Bedeutung von Macht in ihrer politischen Differenz deutlich. Die zentrale These der Hegemonietheorie lautet Mouffe (2007, S. 43) zufolge, »dass soziale Objektivität durch Machthandeln konstituiert wird.« Als Hegemonie bezeichnet sie deshalb »genau jenen Punkt, an dem Objektivität und Macht zusammenfließen« (ebd.). Und da die »Dinge« immer auch anders sein können und sich stets auf einem Terrain der Unentscheidbarkeit gründen, das politische Entscheidungen erfordert, die den Ausschluss anderer Möglichkeiten voraussetzen (Laclau, 1999, S. 134f.), ist Macht immer am Grunde des Sozialen zu finden (Laclau, 1990c, S. 31–33). Sie ist keine »externe Relation zwischen zwei präkonstituierten Identitäten« (Mouffe, 2007, S. 43), sondern sie ist diejenige, »die die Identitäten erst konstituiert« (ebd.). Diese fundamental-ontologische Bedeutung, die Macht im Horizont der Hegemonietheorie zugeschrieben wird, setzt jedoch weder die Objektivität von Macht ontologisch voraus, noch setzt sie Macht und Objektivität in ein Verhältnis von Schöpfer*in und Schöpfung. So schreibt Laclau (1990c, S. 60):

»However, since there is no original *fiat* of power, no moment of radical foundation at which something beyond any objectivity is constituted as the absolute ground on which the being of objects is based, the relationship between power and objectivity is constituted as the absolute ground on which the being of objects is based, the relationship between power and objectivity cannot be that of the creator and the *ens creatum*. The creator has already been partially created through his or her forms of identification with a structure into which s/he has been thrown. But as this structure is dislocated, the identification never reaches the point of a full identity: any act is an act of reconstruction, which is to say that the creator will search in vain for the seventh day of rest.«

Macht ist immer im politischen Moment der Instituierung und Begründung sozialer Objektivität verortet. Hierbei tritt sie allerdings immer nur als kontingente Macht in Erscheinung, die selbst bereits auf dem ontologischen Terrain der Unentscheidbarkeit ontisch gegründet ist. Denn wenn »[d]ie Dinge immer auch anders sein [hätten] können [...] und jede Ordnung sich auf den Ausschluss anderer Möglichkeiten [gründet]« (Mouffe, 2008, S. 4), dann ist sie »immer der Ausdruck einer besonderen Struktur von Machtverhältnissen« (ebd.).

Um Macht und Herrschaft als fundamentale, aber dislozierte Phänomene zu begreifen, die sich in den sozialen Verhältnissen manifestieren, ist das theoretische Element der Sedimentierung bedeutsam (Laclau, 1990c, S. 34 & 2014, S. 3f.). Das metaphorische Konzept der Sedimentierung bezieht sich auf den Prozess des Vergessens des politischen Moments der Einsetzung einer sozialen Ordnung durch unmögliche Entscheidungen. Der Prozess der Sedimentierung beruht dabei auf der wiederholten Aufführung und Affirmation einer eingesetzten Ordnung in der alltäglichen sozialen Praxis. Wobei diese

Wiederholungen nicht nur zu einem Vergessen der politischen »Ursprünge«²¹ führen, sondern auch zu permanenten Dislozierungen der »ursprünglichen« Entscheidungen, die sich in den relativ beständigen und sich gleichzeitig permanent wandelnden Sedimenten des Sozialen abbilden. »Was in einem bestimmten Moment«, so Mouffe (2008, S. 4), »als die ›natürliche Ordnung‹ akzeptiert wird, [...] ist das Ergebnis sedimentierter hegemonialer Praxen; es ist niemals die Manifestation einer tieferen Objektivität, die den Praxen, die sie ins Leben rufen, äußerlich wäre.« Sedimentierung stellt folglich das Element dar, das Artikulation nicht als beliebige Konstruktionspraxis in den Horizont der Hegemonietheorie einschreibt, obwohl ein ultimatives Fundament notwendiger Gründungen fehlt. Denn trotz der Abgründigkeit des Sozialen konstituiert sich dieses stets auf dem Vorherrschen kontingenter Gründe, die das Terrain der Unentscheidbarkeit begrenzen. Sedimentierung steht hier sinnbildlich für die permanente Wandlung und relative Beständigkeit sozialer Wirklichkeit, und Gesellschaft(-lichkeit) ist in diesem Verständnis ein nicht-notwendiges Objekt, das sich nicht beliebig, sondern immer nur auf Basis der historisch sedimentierten Macht- und Herrschaftsverhältnisse konstituiert.

»Gesellschaft ist immer das Produkt einer Aneinanderreihung von Praktiken, über die versucht wird, eine bestimmte Ordnung in einem kontingenten Kontext herzustellen. Diese Praktiken nennen wir hegemoniale Praktiken. Es könnte immer auch anders sein. Jede Form der Ordnung gründet auf dem Ausschluss anderer Möglichkeiten, sie ist immer Ausdruck partikularer Konfigurationen und Machtverhältnisse. In diesem Sinne ist jede Ordnung eine politische Ordnung.« (Mouffe, 2016, S. 193)

2.4 Zum gesellschaftstheoretischen Gehalt der Hegemonietheorie

Ich habe mich in diesem Kapitel 2 darauf beschränkt, einen abstrakten und allgemeinen gesellschaftstheoretischen Horizont der Hegemonietheorie auszuarbeiten, der erst im Weiteren sukzessive auf mein spezifisches Untersuchungsinteresse »Bildung in der Migrationsgesellschaft« präzisiert und konkretisiert wird. Zudem habe ich mich dabei, dies liegt freilich auch an den herangezogenen Grundlagentheorien, in einer quasi-sozialontologischen Herangehensweise einem Gesellschaftsverständnis angenähert, das sich mit den Bedingungen der Möglichkeit von Gesellschaft und ihrer Grundbegriffe im Allgemeinen beschäftigt hat. Diese Beschäftigung ist allerdings lediglich *quasi*-sozialontologisch, da letztlich kein bereits feststehendes Wesen des Sozialen behauptet werden kann. Marchart (2013, S. 359f.) verwendet deshalb den Derrida'schen Ausdruck der Hantologie, um den nicht-klassisch ontologischen Zuschnitt postfundamentalistischer Gesellschaftstheorie zu kennzeichnen: »Sie [eine Hantologie] postuliert nicht die Existenz einer stabilen Seinsordnung, sondern macht sich den Spuk bewusst, der das Soziale plagt« (ebd., S. 360). Eine derartige philosophische Herangehensweise an die Gesellschaftstheorie, die nach den allgemeinen Möglichkeitsbedingungen von Gesellschaft

21 Ich setze »Ursprünge« hier in Anführungszeichen, weil selbst die Institutionierung neuer sozialer Gründe nicht als Urgründe verstanden wird, sondern stets selbst auf kontingenten Fundamenten stattfindet.

fragt, kann für die soziologische Beschäftigung mit Gesellschaft als eher unüblich bezeichnet werden (vgl. etwa Rosa & Oberthür, 2020, S. 16), bringt sie doch »das [verdrängte] Moment des Spekultativen, das ihr seit Anbeginn anhaftet« (Marchart, 2013, S. 357), zurück in ihr Bewusstsein. Eine explizit hantologische Herangehensweise ist jedoch bedeutsam, um nicht »erneut in die Falle der Metaphysik zu tappen« (ebd., S. 360). Und dabei reicht es selbstverständlich nicht aus, die sozialontologischen Grundannahmen zu klären, sondern es ist maßgeblich, dass alle Grundbegriffe und Analysen »einer *hantologischen Neubeschreibung* zugeführt werden« (ebd., S. 361; Herv. i. Orig.). In den nachfolgenden Kapiteln 3 und 4 wird es deshalb auch wichtig sein, sowohl Migration als auch Bildung hinsichtlich der grundlegenden Unmöglichkeit analytisch zu betrachten, die die beiden Konzepte in ihrer Kontextualität ermöglicht. In den hier folgenden Teilkapiteln 2.4.1 bis 2.4.3 reflektiere ich zunächst allerdings noch den allgemeinen gesellschaftstheoretischen Gehalt des von mir modellierten hegemonietheoretischen Horizonts. Und zwar, indem ich erstens den sozialontologischen Gehalt in Form einer politischen Theorie des Sozialen (Kap. 2.4.1), zweitens den sozialtheoretischen Gehalt in Form eines artikulationstheoretischen Horizonts (Kap. 2.4.2) und drittens den zeitdiagnostischen Gehalt in Form panoramischer Gesellschaftsanalysen herausstelle (Kap. 2.4.3).

2.4.1 Zum sozialontologischen Gehalt: ein politischer Begriff des Sozialen

Alle drei der hier ins Zentrum gestellten theoretischen Spektren artikulieren sich in einem marxistischen Theoriehorizont und verfolgen mit ihren gesellschaftstheoretischen Bestrebungen das Anliegen, eine materialistische und ökonomiedeterministische Verengung marxistischer Perspektiven ihrer Zeit zu überwinden (siehe Kap. 2.1). Trotzdem stellt eine Abkehr vom marxistischen Horizont und eine Zuwendung zu idealistischen und individualistischen Verständnissen des Sozialen für Gramsci, Althusser, Laclau und Mouffe auch keine angemessene Antwort dar. Vielmehr wird in allen drei Spektren an einem theoretischen Denken gearbeitet, das sich nicht auf eine vereinfachte Entweder-Oder-Logik reduzieren lässt, sondern grundlegend durch eine sich wechselseitig sowohl konstituierende als auch subvertierende Denkbewegung eines Sowohl-als-Auch gekennzeichnet ist.

Der Horizont der Hegemonietheorie eröffnet damit eine politische Perspektive, die Nicht-Notwendigkeit, Unbestimmtheit und Unbedingtheit als allgemeine Grundlagen des Sozialen anerkennt und gleichzeitig Notwendigkeit, Bestimmtheit und Bedingtheit nicht aus dem Sozialen ausklammert. In der Konzipierung der konstitutiven Differenz des Politischen und des Sozialen (siehe insbesondere die Übersetzung der Vorarbeiten von Gramsci und Althusser durch Laclau und Mouffe in Kap. 2.2.3) wird die Logik des Sowohl-als-Auch auf sozialontologischer Ebene zum Ausdruck gebracht. Das Politische stellt die abgründige Kehrseite des Sozialen dar, die das Soziale in seiner Unmöglichkeit einer letzten Gründung immer wieder heimsucht und zu Reartikulationen zwingt. In dieser Denkbewegung werden Gründungen des Sozialen möglich, die auf keinem letzten Grund beruhen, und das Soziale erscheint als kontingentes Produkt machtvoller Entscheidungen auf einem abgründigen Terrain unendlicher Alternativen. Das Soziale findet seine Möglichkeitsbedingung also ausgerechnet in seiner Unmöglichkeit. In der machtvollen Entscheidung zwischen endlosen Alternativen und in der Verdrängung

seiner Unmöglichkeit vermag es sich immer wieder vorläufig in relativ stabilen Formationen zu schließen. Wobei das verdrängte Politische zwar nicht permanent präsent ist, in seiner Abwesenheit aber stets anwesend bleibt. Die Hegemonietheorie eröffnet damit vor allem einen theoretischen Horizont, der alles im Sozialen bzw. das Soziale im Allgemeinen als grundlegend politisierbar begreift.

Mit Bezug auf Laclau und Mouffe (2012) lassen sich hier zwei begriffliche Verhältnisse explizieren, die in allen drei theoretischen Bewegungen immer wieder auftauchen und anhand derer sich die Denkbewegung des Sowohl-als-Auch verdeutlichen lässt. Das eine ist das Verhältnis von Realismus und Idealismus, das andere das zwischen Materialismus und Idealismus. So handelt es sich Laclau und Mouffe (ebd., S. 144) zufolge bei der Frage nach der *Existenz* von Objekten außerhalb jeglicher Form von Diskursivität im Gegensatz zu ihrem diskursiv artikulierten *sozialen Sein* vor allem um eine erkenntnistheoretische Frage, die sich in der Unterscheidung von Realismus und Idealismus manifestiert. Diese Frage ist laut Laclau und Mouffe (ebd.) dem Vorwurf vorgelagert, das Ideelle würde in ihrer diskursiven Hegemonietheorie das Materielle tilgen (Jessop, 1990; Geras, 1998 [1987], 1988), sodass soziale Wirklichkeit schlussendlich beliebig ideologisch konstruierbar wäre. Der modellierte hegemonietheoretische Horizont kann in der Frage Realismus/Idealismus eher auf der Seite eines nicht-relativistischen Idealismus verortet werden, einem Idealismus, der *weder* die von ihren diskursiven Bedeutungen unabhängige Existenz der materiellen Welt verleugnet noch hegemoniale Bedeutungen mit dem wesenhaften Sein der materiellen Welt verwechselt (Laclau & Mouffe, 1990, S. 103–109). Es ist hier also nicht die Existenz von Objekten (etwa die eines Steins, eines Atoms, eines Körpers oder – wie in oben angeführtem Beispiel – eines Balls) außerhalb des Diskurses, die in Abrede gestellt wird (Laclau & Mouffe, 1990, S. 103–105 & 2012, S. 144). Vielmehr gehen sie lediglich davon aus, dass die außerdiskursiven Objekte erst im Rahmen eines spezifischen Diskurses ihre jeweilige Bedeutung für und durch die soziale Praxis bekommen. Im Gegensatz zu ihrer Existenz (*existence*), die unbestimmt ist, erhalten sie ihr soziales Sein (*being*) innerhalb kontextspezifischer Diskurse. In Anlehnung an Laclau und Mouffe (1990, S. 105) wäre es demnach absurd, die Existenz von Atomen als durch das Denken hervorgebracht infrage zu stellen. Aber absurd wäre es auch, sich zu fragen, ob die atomare Struktur unabhängig jeder wissenschaftlichen Theorie das wahre Sein von Materie darstellt. Die Frage nach dem wahren Sein ist nach Ansicht der beiden nicht endgültig beantwortbar, da die Frage nicht außerhalb kontingenter Diskursformationen geklärt werden kann. Denn die Atomtheorie stellt lediglich eine Möglichkeit dar, diejenigen Objekte, die wir Atome nennen, zu klassifizieren und ihrer Existenz ein spezifisches Sein, eine Bedeutung zu verleihen. Dadurch ist sie aber weder beliebig (sie erfindet die Atome nicht) noch weniger plausibel (sie erfindet keine zusätzlichen Objekte oder mystischen Kräfte, sondern versucht das kontingente Erkennbare möglichst plausibel zu theoretisieren). Und trotzdem ist sie auch nicht mehr als eine kontextspezifische Praxis der Bedeutungsgebung für die eigentlich bedeutungs offene, aber nicht zu verleugnende Existenz der Objekte (ebd.). Im Anschluss an Judith Butler (2019b) könnte hinzugefügt werden, dass die der Hegemonietheorie immanente Erkenntnistheorie das Problem der Wahrnehmung einer »außerdiskursiven Realität« darin sieht, dass jedes Beschreiben einer außerdiskursiven Realität stets »von dem gleichen Diskurs gebildet wird, von dem es sich frei zu machen sucht« (ebd., S. 34). Soziale Wirklichkeit als diskursiv zu verste-

hen, hat folglich nichts mit der Leugnung einer materiellen Welt außerhalb von Bedeutungsgebung zu tun. Im Gegenteil verleiht das Ideelle dem Realen seinen imaginären Sinn, was erst die symbolischen Praxen der Subjekte ermöglicht (Althusser, 2016, S. 75). Die Quasi-Sozialontologie des hegemonietheoretischen Horizonts erhebt in diesem Verständnis einen universellen Anspruch in Bezug auf die grundlegenden Un_Möglichkeitsbedingungen von Gesellschaft, nicht aber darauf, diese fundamentale Un_Möglichkeit begrifflich und konzeptuell universell und transparent symbolisieren zu können. Denn die politische Sozialontologie der Hegemonietheorie stellt selbst lediglich eine historisch kontingente Möglichkeit der Konzipierung der Un_Bestimmtheit des Sozialen dar.

Die klassische Opposition von Idealismus und Materialismus, die in den drei skizzierten theoretischen Spektren in unterschiedlicher Weise in einem Sowohl-als-Auch anstatt eines Entweder-Oder einzubeziehen versucht wird, ist diesbezüglich nochmals anders gelagert als die erkenntnistheoretische Frage, die in der Differenz von Realismus und Idealismus zum Thema wird. Sie schließt aber daran an. Entgegen der dichotom-ausschließenden Fragestellung der Möglichkeit einer transparenten Vermittelbarkeit des Realen (Realismus) im Gegensatz zu einer ideologisch undurchsichtigen, opaken Zugänglichkeit der materiellen Wirklichkeit (Idealismus) steht im Mittelpunkt der Materialismus/Idealismus-Debatte in erster Linie die gesellschaftskonstitutive Kraft des Materiellen versus des Ideellen (Laclau & Mouffe, 1990, S. 111). Sowohl der klassische Idealismus als auch der Materialismus (Schurz, 2021, S. 151–162) können in diesen Debatten als Varianten eines (idealistischen) Essenzialismus aufgefasst werden, bei dem das Reale auf das theoretische Konzept (*form*) reduziert wird (Laclau & Mouffe, 1990, S. 111).²² Wo bei diese Reduktion immer Teil eines diskursiven Differenzverhältnisses und damit sich selbst nicht vollständig verfügbar ist. Sowohl der klassische Idealismus als auch der Materialismus sind Laclau und Mouffe (ebd.) zufolge essenzialistisch, da sie schlussendlich auf ein wesenhaftes Fundament der Produktion sozialer Wirklichkeit – etwa das denkende, bedeutungsgebende Subjekt oder die Entwicklung der ökonomischen Existenzbedingungen – zurückgreifen.²³

- 22 So geht letztlich auch ein materieller Determinismus, der die Zwangsläufigkeit der geschichtlichen Entwicklung in Abhängigkeit von dem ökonomischen Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Klassen konstatiert, von einer unmittelbaren Transparenz des Realen aus, die in einem theoretischen Konzept repräsentiert werden könne. Dabei wird jedoch das Reale auf das ideelle Konzept (*form*) reduziert. »To affirm that the ultimate law of motion of history is given not by the change of ideas in the minds of human beings but rather by the contradiction, in each stage, between the development of productive forces and the existing relations of production, does not modify things at all. For what is idealist is not the affirmation that the law of motion of history is the one rather than the other, but the very idea that there is an ultimate law of motion that can be conceptually grasped. To affirm the transparency of the real to the concept is equivalent to affirming that the real is *form*. For this reason the most determinist tendencies within Marxism are also the most idealist, since they have to base their analyses and predictions on inexorable laws which are not immediately legible in the surface of historical life; they must base themselves on the internal logic of a closed conceptual model and transform that model into the (conceptual) essence of the real.« (Laclau & Mouffe, 1990, S. 108)

- 23 An einem Beispiel verdeutlicht heißt dies: In Anbetracht der Coronapandemie der vergangenen Jahre kann exemplarisch gesagt werden, dass die Gefährlichkeit einer neuen Viruserkrankung für den menschlichen Organismus sich weder idealistisch wegdenken lässt noch zwangsläufig in neue

In der diskurstheoretischen Übersetzung der gramscianischen und Althusser'schen Vorarbeiten versuchen Laclau und Mouffe (siehe Kap. 2.3.2) deshalb das Sowohl-als-Auch des Materiellen und Ideologischen in der konstitutiven Differenz zwischen dem Diskursiven und dem Diskurs systematisch zu verankern. Ein Diskurs stellt darin den immer nur vorläufigen, aber zugleich notwendigen Versuch dar, die rohe materielle Welt mit Bedeutung zu versehen und somit symbolisch zu fixieren. Soziale Wirklichkeit wird in diesen Bewegungen der (Teil-)Fixierungen immer nur vorläufig und graduell hervorgebracht, sieht sich aber permanent der Heimsuchung durch das durch überdeterminierte Bedeutungen durchzogene Terrain des Diskursiven ausgesetzt. In dieser Fassung – um nochmals darauf zurückzukommen – konstituiert sich das Soziale »als eine Form des Politischen im ›Schlafzustand‹« (Marchart, 2010, S. 216).

2.4.2 Zum sozialtheoretischen Gehalt: eine artikulationstheoretische Perspektive auf Gesellschaft(-lichkeit)

In meiner Modellierung des hegemonietheoretischen Horizonts wurden einige Elemente herausgestellt, die versuchen, die grundlegende Politizität des Sozialen in sich aufzunehmen – etwa in der überdeterminierten Spannung zwischen dem Diskursiven und Diskursen oder derjenigen zwischen den Konzepten der Differenz, der Äquivalenz, des Antagonismus und der Heterogenität, welche die Kontingenz (Un_Bestimmtheit) sozialer Wirklichkeit diskurstheoretisch auf den Begriff bringen. Artikulation stellt hierbei, wie bereits eingeführt wurde (siehe Kap. 2.3.1), das zentrale sozialtheoretische Konzept dar. Denn der Artikulationsbegriff bringt die Relationalität und Rekursivität des Sozialen zum Ausdruck. Gesellschaft existiert darin nur als nicht-notwendiger Versuch, das unendliche Spiel der Differenzen in einer sozialen Ordnung zu fixieren (Laclau, 1990b, S. 91).

In der widersprüchlichen Denkbewegung von Gesellschaft als unmöglichem Objekt (Marchart, 2013), in der zum einen die Unmöglichkeit von Gesellschaft und zum anderen deren objektive Möglichkeit behauptet wird, kommt dieser artikulatorische Charakter zum Ausdruck. Da es weder einen prä-existenten Grund (Volk, Kultur, Ökonomie, Rationalität...) sowohl für Gesellschaft als auch für ihre Subjekte gibt (Laclau & Mouffe, 2012, S. 133), kann es auch kein (Ordnungs-)Prinzip geben, das es vermag, Gesellschaft als einheitlichen und abgeschlossenen Komplex zu artikulieren. Die Möglichkeit, »bedeutungsfixierende Knotenpunkte zu knüpfen« (Marchart, 2010, S. 202), die die Offenheit des Sozialen zu einer Gesellschaft schließen, kann deshalb »immer nur graduell gelingen [...], da ein Zustand endgültiger Schließung unmöglich erreicht werden kann« (ebd.). Die Rede und Analyse von »Gesellschaft« macht also nur Sinn, wenn sie als imaginäre Bestrebung mit gleichzeitig objektiven Effekten der Fixierung des Sozialen verstanden wird. Nur in diesem Fall werden die Rede und die Analyse von »Gesellschaft« nicht obsolet, sondern geradezu notwendig. Denn der unmögliche Versuch, Gesellschaft

Sozialformen des *social distancing* mündet. Denn wie die veränderte materielle Wirklichkeit, die durch das Aufkommen einer neuen, gefährlichen Viruskrankheit bedingt ist, die soziale Wirklichkeit verändert, ist weder eine ausschließliche Frage ideologischer Kämpfe noch lässt sie sich auf die determinierende Kraft des Virus reduzieren.

zu konstituieren, vermag es, *Gesellschaftlichkeit* als graduelles und überdeterminiertes Verhältnis durch »ein Ensemble totalisierender Effekte« (Laclau & Mouffe, 2012, S. 140) vorübergehend zu artikulieren und zu fixieren. Aus diesem Grund unterscheide ich in der Folge auch begrifflich zwischen Gesellschaftlichkeit und Gesellschaft, denn der Begriff Gesellschaftlichkeit bekommt die Gradualität, die Uneinheitlichkeit und Pluralität, die sich womöglich widersprüchlichen Überlappungen unterschiedlicher Gesellschaftseffekte besser in den Blick als der Begriff der Gesellschaft, der eine klare Abgeschlossenheit suggeriert. Die Rede und die Analyse von Gesellschaft bleiben auch dann noch bedeutsam, werden allerdings auf das imaginäre Bestreben der Schließung des Sozialen mit spezifischen Totalisierungseffekten bezogen, die Gesellschaftlichkeit in der symbolischen Praxis hervorbringen. In diesem Verständnis etablieren die vorläufigen Gesellschaftseffekte, um in modifizierter Weise auf den Begriff von Althusser (2017) zurückzukommen, »strukturelle Dominanten« (in der Mehrzahl), die soziale Wirklichkeit mit einer gewissen Vorrangigkeit ordnen. Diese strukturellen Dominanten können jedoch weder im Sinne eines prä-existenten Hauptwiderspruchs verstanden werden noch kann Gesellschaft (in der Regel) auf ein durch eine Dominante dominiertes Ganzes reduziert werden. Die bisherigen Auseinandersetzungen resümierend, verstehe ich strukturelle Dominanten als kontingente Effekte der komplexen sozialen Praxis, die polyzentrische Machtzentren artikulieren (Laclau, 1990c). Trotz des Vorherrschens struktureller Dominanten kann »[d]as unmögliche Objekt« Gesellschaft (Marchart, 2013) nicht als eine sich nicht-widersprechende und abgeschlossene Totalität vereinheitlicht werden (Laclau & Mouffe, 2012, S. 134–141). Gleichzeitig stellt »Gesellschaft« die Ermöglichungsbedingung für Gesellschaftlichkeit als einer Art »Mobile« (Marchart, 2013, S. 335) einer Vielfalt an relativ stabilen und partiellen Diskursformationen dar, die gleichzeitig widersprüchlich, uneinheitlich, veränderbar und unabgeschlossen bleiben.

2.4.3 Zum zeitdiagnostischen Gehalt: panoramische Analyse gesellschaftlicher Konjunkturen

Die Güte einer Gesellschaftstheorie zeigt sich letztendlich in ihrem zeitdiagnostischen Gehalt, also in ihrer Fähigkeit, zu einer gehaltvollen Gesellschaftskritik beizutragen. Diese fundamentalistisch anmutende Behauptung muss sogar verstärkt für postfundamentalistische Gesellschaftstheorien in Anspruch genommen werden: nicht nur, um die sozialontologischen Auseinandersetzungen um Abgrund und Gegründetes nicht zu rein intellektualistischen Gedankenspielerien verkommen zu lassen (siehe Kap. 2.4.1), sondern auch, um ihrem Gegenstand Gesellschaft(-lichkeit) begegnen und einen Spiegel vorhalten zu können. Denn, um soziale Entwicklungen etwa als »gefährlich oder befreiend« (Marchart, 2013, S. 390) einschätzen zu können, »sind wir auf die Ausbildung sozialwissenschaftlichen Urteilsvermögens angewiesen« (ebd.). Und dieses »findet in der Gesellschaftstheorie seine Entsprechung in dem Genre, das allgemein als »Zeitdiagnose« oder pointierter: als Gesellschaftskritik bezeichnet wird« (ebd.).

Eine solche Kritik kann, wie dies mit Bezug auf den sozialontologischen Gehalt von Gesellschaftstheorie bereits ausgeführt wurde (siehe Kap. 2.4.1), immer nur als kontingent beschrieben werden. Gerade aber in der Anerkennung und Ausweisung der eigenen Kontingenz, so könnte aus hegemonietheoretischer Perspektive weiter argumen-

tiert werden, gewinnt eine postfundamentalistische Kritik im Vergleich zu denjenigen Ansätzen an Stärke, die die eigene Politizität leugnen. Die wichtigste Konsequenz aus der Kontingenz von Gesellschaft besteht aber, »zunächst wohl in einem radikalen Perspektivwechsel« (Marchart, 2013, S. 391). Wenn sich also das Soziale nur graduell und vorläufig zu Gesellschaft schließen kann, »dann darf sich Gesellschaftskritik nicht am imaginären Wunschbild einer nicht-entfremdeten, durchgehend funktionalen oder mit sich selbst versöhnten Gesellschaft ausrichten« (ebd.). Vielmehr muss aus der in diesem Kapitel vorgenommenen Beschäftigung mit dem Gesellschaftsbegriff die Konsequenz gezogen werden, Gesellschaftlichkeit in ihrer kontextbezogenen graduellen Kontingenz zu analysieren: »Es muss analysiert werden, wie dem Sozialen über seine eigene Seinsblockade hinweggeholfen wird – genauer: wie Gesellschaft im selben Zuge *konstruiert und destruiert* wird« (ebd.; Herv. i. Orig.). Eine solche Analyse schließt, so schreibt Marchart (ebd., S. 392) weiter,

»die hegemonialen Projekte, Machtdispositive, institutionellen Verdichtungen sowie Subjektivierungs- beziehungsweise Handlungsmuster ein, die dem unmöglichen Objekt Gesellschaft zu vorübergehender Existenz verhelfen und so die Seinsblockade des Sozialen überwinden. [...] Kurzum: Gehaltvolle Zeitdiagnose basiert auf einer kritischen Einschätzung der Verdichtung und Verschiebung des Sozialen.«

In der vorliegenden Arbeit gehe ich deshalb davon aus, dass der primäre Referenzpunkt von Gesellschaftskritik die »strukturellen Dominanten« bzw. die Stellungskriege um die »strukturellen Dominanten« sein müssen, die Gesellschaftlichkeit zu einem spezifischen Zeitpunkt und in einem spezifischen Kontext mit einer gewissen Dominanz konstituieren (etwa Nationalstaatlichkeit und Rassismen; siehe Kap. 3.3). Daraus, dass aus einer postfundamentalistischen Perspektive keine konkreten Aussagen über *die* Gesellschaft im Allgemeinen getroffen werden können, eine gehaltvolle Zeitdiagnose aber trotzdem in eine Kritik an der gegenwärtigen Gesellschaftsformation mündet, kann, so folgert Marchart (2013, S. 392) in Anlehnung an Latour, eine Zeitdiagnose nur panoramisch erfolgen. Dies bedeutet, dass sie an einer allgemeinen Rundschau »des sozialen Raums in seiner Gesamtheit« (ebd.) interessiert ist, diese aber immer nur auf der Basis eines bestimmten Teilaspekts umsetzen kann, der »von universeller Relevanz ist« (ebd., S. 394; siehe hierzu auch die methodologischen Überlegungen in Kap. 1.5). Der Begriff »Migrationsgesellschaft« (zuerst: Mecheril, 2004, S. 8), in dem die Diagnose des Zeitalters der Migration (Castles et al., 2014) zum Ausdruck kommt, erweist sich hier als vielversprechender postfundamentalistischer Fokus auf die gesellschaftlichen Konjunkturen der Gegenwart.